Sa 16⁰⁰ Uhr AXEL

SDS info

17. NOVEMBER 1969 Nr. 24

FÜR DEN SIEG DER 'VIETNAMESISCHEN REVOLUTION'!

23oo 5832

Hanoi 71 7 o92o

SDS, 6 Frankfurt-Main, Wilhelm-Hauff-Str.6, Westdeutschland

Actions organized by us people students november 15 will have great significance due to us government policy prolonging intensifiying aggressive war in Vietnam confirmed by Nixon November 3 speech. We hope conforming Helsinki meeting decisions you will intensify antiwar actions urging total unconditional withdrawal us troops from South Vietnam and support campaigns by us people students.

Cordial greetings

Vietnam National Union Students

HERAUSGEBER: SDS-BV, 6 Ffm, Wilhelm-Hauffstr.5, Tel.0611/740109.
SDS-Info kostet im Massenversand und Direktverkauf DM 1.-, im Einzelversand DM 10.- für 3, DM 18.- für 6 Monate.

Ab Nr.22 erscheint das SDS-Info regelmäßig alle 14 Tage montags bei einem Umfang von mindestens 32 Seiten.

Der ursprünglich beabsichtigte Abonnementseinheitspreis von DM 5.- für 4, 10.- für 8 und 14.- für 12 Nummern ist jedoch, wie eine nochmalige Kalkulation gezeigt hat, nicht realistisch, und zwar aus zwei Gründen:

1. Die Versandkosten betragen im Einzelversand 0.50 DM pro Exemplar. Bei dem ursprünglich beabsichtigten Abonnementseinheitspreis müssen daher die Massenbezieher die Versandkosten für die Einzelbezieher teilweise mittragen (ganz abgesehen davon, daß die Einzelabonnements nur zu 65%, die Exemplare im Massenbezug jedoch zu 80% auch tatsächlich bezahlt werden.)

2. Bei dem ursprünglich beabsichtigten Einheitspreis würde sich der Schwerpunkt sehr schnell zum Einzelversand hin verschieben; zum einen hätten wir dadurch erheblich höhere Versand- und Verwaltungskosten, zum andern würde dadurch eine Prämie auf Organisationslosigkeit gezahlt.

Der Preis für den Massenversand und Direktverkauf beträgt weiterhin 1.-DM. Im Einzelabbonnement kostet das Info 10.-DM für drei Monate und 18.-DM für ein halbes Jahr, gegen Vorausbezahlung auf das Postschekkonto Nr. 31607 und/oder Dresdner Bank 282 427.

Genossen, die ihre Rechnungen nicht bezahlt haben, bekommen nur noch dieses und das nächste Info.

Bestellungen an den BV des SDS, 6 Frankfurt/Main, Wilhelm-Hauff-Str.5, Tel. 0611/740109. ☎

INHALTSVERZEICHNIS

Moratorium Day	2
Zum Tode von Carlos Marighela	4
Tupamaros	6
Gegen eine falsche Syndikalismuskritik(SDS Göttingen)	10
Konzilsdebatte Berlin	16
Dokumentation: Rote Zelle Pädagogik(Berlin)	19
Materialien zum Hochschulseminar: Klassenkampf und Intelligenz (Tübingen)	24

Genossen, am 26.11. ist Redaktionsschluß für Nummer 25 !

MORATORIUM DAY

Um die inneramerikanischen Protestaktionen zum 15. November einschätzen zu können, muß der organisatorische Hintergrund der aktuellen Antikriegs-Mobilisierung in den USA beleuchtet werden.

Students for a Democratic Society (SDS), die größte der (weißen) linksradikalen Organisationen, hatte im Juni eine zentrale Aktion "gegen Krieg und Faschismus" in Chicago beschlossen. Als sich andeutete, daß einerseits die Thematik des vietnamesischen Krieges nach der ersten Phase gemäßigter Kritik an der Regierung Nixon wieder in den Vordergrund treten konnte, andererseits offensichtlich der SDS aufgrund der Spaltung und neuer Fraktionsdifferenzen nicht mehr in der Lage schien, die Mobilisierungen einzuleiten, sahen Liberale aus der früheren McCarthy-Kampagne zum ersten Mal seit Frühjahr 1968 wieder die Chance, einen Großteil der Antikriegs-Mobilisierung politisch, organisatorisch und propagandistisch zu bestimmen: sie gründeten das Vietnam Moratorium Committee. Seinen Organisationsbemühungen ist es wesentlich zu verdanken, daß die Mobilisierungen vom 15. Oktober erscheinen konnten als bloße Kerzen&schwarze-Armbänder-Demonstrationen, als bloß kanalisierter Protest unter Anführung "liberalter" Senatoren und Bürgermeister (Lindsay & Co.).

Tatsächlich unterschlägt die bürgerliche Presse aus guten Gründen die Vielfalt und die qualitativ unterschiedlichen Formen von Opposition, die sich zum 15.Oktober (nach dem Verbot der Demonstrationen in Washington und San Francisco erst recht am 15. November) manifestierten. Auf lokaler Ebene spielten sich fast in allen Teilen des Landes am 15. Oktober mehrere Demonstrationen ab, benutzten auch die antiimperialistischen und mit der FNL solidarischen Gruppen die Gelegenheit zu breit angelegter Massenagitation, benutzten Gruppen den Schutz der liberalen Massenmobilisierung zu radikalen Aktionen gegen ROTC auf dem Campus, zu Überfällen auf Einberufungsstellen etc. Trotzdem ist es dem Moratorium Committee teilweise über die Auswahl der Sprecher und durch gig antische Pressearbeit gelungen, Hoffnungen auf Änderung durch verbalen Protest, auf Änderungen im parlamentarischen System wiederzubeleben. Es zeichnet sich ab, daß liberale Phrasen zur Beendigung des Krieges eingezielt werden können, wenn die Massenbewegung in Gefahr steht, sich zu radikalisieren. Teile der Machteliten der USA zumindest geben sich anscheinend der Hoffnung hin, daß die Opposition am ehesten zerschlagen werden kann durch Justiz- und Polizeiterror gegen ihre organisiertesten Teile (Prozeß gegen die "Chicago 8", Polizeiaktionen gegen die SDS-Zentralaktion in Chicago, Prozeß gegen die "Panther 21" in New York, der Prozeß gegen Bobby Seale etc.) bei gleichzeitiger Aufnahme und Verflachung der Parolen der Anti-Kriegs-Bewegung, bei gleichzeitigen Bemühungen, "friedlichen Protest" zu stimulieren. Die Bereitwilligkeit der Liberalen, diese Rollenteilung zu akzeptieren, zeigt ihre objektive Funktion und "Teil welchen Problems" sie sind.

Die Massenmobilisierungen seit dem Oktober haben jedoch für die Regierungsfraktion der herrschenden Kasse bereits derartige Kraft und politische Bestimmtheit zurückgewonnen, daß sie sich anscheinend auf liberale Integrationsversuche nicht mehr verlassen will. Die Demonstrationen in Washington (wo über eine Million Menschen erwartet werden) und San Francisco sind verboten worden. Die Regierung hat sich sogar gezwungen gesehen, die "schweigende Mehrheit der Amerikaner" zu ihrer Unterstützung zu mobilisieren, z.B. zum Veteranentag. Liberale Phrasen können nur noch geringe Wirkung haben, wenn die Einberufungsziffern gleichbleibend hoch und fühlbar, wenn die Steuerlast und die Folgen der Überproduktionskrise bestehen bleiben. Wenn die Regierung Nixon ihren augenblicklichen Kurs des Aufrufs zum Vertrauen auf "Geheimpläne" etc. nicht spektakulär ändert, kann es den antiimperialistischen Teilen der Anti-Kriegs-Bewegung gelingen, die Rolle der "Liberalen" erfolgreich zu denunzieren und ihre Basis zu erweitern.

-red

Aus: Guardian vom 1.11.69

Auch wir werden vermutlich Kompromisse eingehen müssen, um am 15. November möglichst stark zu sein. Es gibt jedoch Kompromisse und Kompromisse. Da wir weder Heilige noch eine bestimmte Sorte von Metaphysikern sind, sollt uns diese Kompromisse nicht allzuviel Sorgen machen, solange bestimmte Grundregeln eingehalten werden.

Diese Grundregeln haben wir jedoch zu beachten.

Ein Kompromiß wurde wahrscheinlich zwischen dem Mobilisierungsausschuß und dem Morateriumsausschuß geschlossen, was zu der Erklärung vom 21.Oktober führte, daß beide Gruppen

einander in den November-Aktionen unterstützen würden. Soweit wir wissen, brachte der Mobilisierungsausschuß zwei unverzichtbare Punkte ein: sofortiger Rückzug aus Vietnam und keine Diskriminierungen gegen Radikale. Wir wissen nicht, was von der Gegenseite angeboten wurde, aber jedenfalls hat der Mobilisierungsausschuß versprochen, die Proteste würden "legal und gewaltlos" sein.

Die Betonung des "legal und gewaltlos" könnte für den Fortschritt der Anti-Kriegsbewegung und der linken Politik einen Rückschritt bedeuten; wir halten dies jedoch für einen taktischen Schritt und vermuten, daß er an diesem bestimmten Punkt politisch richtig sein dürfte. Man ging offenbar davon aus, daß es sich hier nur um ein kleines Zugeständnis handele, wenn man dafür die Unterstützung der Liberalen und Gemäßigten für die Forderung [illegible] sofortigem Rückzug gewinne. Obwohl [illegible] zweifelhaft ist, ob die Leitung [illegible] Moratoriums (der wir gründlich mißtr[illegible] sehr viel Mühe geben wird, am [illegible] November Menschen nach Washington und [illegible] zu bringen, werden sich eine beträchtliche Menge von Teilnehmern am ersten Moratorium dem Protest anschließen, weil er friedlich ist und vom Moratoriumsausschuß offiziell getragen wird.

Daher verletzt dieser Kompromiß - oder was wir von ihm kennen - keinerlei Grundregeln, da es zu diesem Zeitpunkt als weitaus wichtiger erscheint, daß große Massen die Forderung nach sofortigem Rückzug unterstützen, als daß eine weitaus kleinere Zahl eine illegale Kampfdemonstration durchführt.

Gleichzeitig müssen wir jedoch dafür sorgen, daß andere Kompromisse - unscheinbarer, aber bedeutsam - nicht stillschweigend eingegangen werden.

Was ist eigentlich aus der Botschaft geworden, die Nord-Vietnams Premierminister Pham Van Dong vor zwei Wochen zur Unter-Unterstützung der November-Aktion an den Mobilisierungsausschuß schickte? Obwohl der Leitungsausschuß die Veröffentlichung dieser Botschaft zusagte, ist sie bisher (bis zum 26. Oktober) nicht im "Mobe" (der Mobilisierungs-Zeitung) abgedruckt worden. Vielleicht werden sich die Führer der Mobilisierungsgruppe auf ihrer Sitzung am nächsten Wochenende in Chicago damit beschäftigen. Wenn die Botschaft unterdrückt oder nur beiläufig erwähnt wird, dann halten wir dies für einen Verstoß gegen die Grundregeln. In dieser Phase der Anti-Kriegs-Bewegung - schließlich weiß die radikale Bewegung inzwischen über den vietnamesischen Unabhängigkeitskampf und die Bedeutung aktiver Solidarität mit dem vietnamesischen Volk Bescheid - wäre eine derartige Haltung des Mobilisierungsausschusses nichts anderes als schlimmste Heuchelei. Noch ist es Zeit.

Wir haben uns auch um die Möglichkeit zu kümmern, daß bei der Auswahl der Sprecher für die Massenkundgebung in Washington Kompromisse eingegangen werden. Da die Demonstration "legal und gewaltlos" sein wird, ist es umso wichtiger, daß der politische Inhalt der Reden so militant und radikal als nur möglich ist. Die Ausschußsitzung an diesem Wochenende wird auch die endgültige Auswahl der Redner diskutieren, so daß die Ergebnisse noch nicht vorliegen - aber soweit wir bis jetzt wissen, hat die Liste der potentiellen Redner ihr Schwergewicht in der Mitte und enthält nur wenige Redner, die fähig wären, einen antiimperialistischen, radikalen oder gar (das ist fast vermessen) revolutionären Standpunkt zu artikulieren. Als Glasur auf diesem liberalen Kuchen kommen sogar zwei Senatoren als Redner in Betracht, was darauf hinweist, daß zumindest einige Leute in der Anti-Kriegs-Bewegung das "Vertrauen" auf den demokratischen Prozeß stärken wollen, indem sie die Hoffnung demonstrieren, der Kongreß werde im Namen des Volkes vorgehen.

Wenn es auch taktisch richtig sein mag, unsere Aktion am 15. November gemäßigt durchzuführen, um die Basis der Anti-Kriegs-Bewegung zu verbreitern, so wäre es an diesem Punkt doch höchste Torheit und großer Opportunismus, obendrein auch noch unsere Politik zu opfern. Das wäre nicht nur ein taktischer Mißgriff, sondern auch ein Fehler in der Einschätzung dessen, an welchem Punkt die Amerikaner politisch stehen und was sie bereit sind sich anzuhören. Am 15. November müssen entscheidende Verbindungen zwischen dem Vietnam-Krieg und dem imperialistischen System, das derartige Kriege unvermeidlich macht, gezogen werden. Gegen einen besonderen Krieg zu sein, die Ursachen des Krieges jedoch zu ignorieren, heißt langfristig, nicht gegen den Krieg zu sein. Wenn tatsächlich die Anti-Kriegs-Bewegung und nicht die Regierung die Interessen des amerikanischen Volkes vertritt, soweit es um imperialistische Kriege geht, muß klar sein, daß diesen Interessen am besten gedient wird, wenn nicht die halbe, sondern die ganze Wahrheit ausgesprochen wird.

Hier kann es keine Kompromisse geben.

Carlos Marighela

Zum Tode von Carlos Marighela

Der brasilianische Revolutionär Carlos Marighela ist im Kampf gegen die imperialistische Herrschäft gefallen; wie zwei Jahre vor ihm Ernesto Guevara, wie der kolumbianische Priester Camilo Torres, wie Otto René Castillo in Gutatemala, wie der Kommandant der bolivianischen Befreiungsarmee, Guido "Inti" Peredo, der vor zwei Monaten in La Paz erschossen wurde, und wie so viele andere Exponenten des bewaffneten Kampfes in Lateinamerika.

Carlos Marighela wird 1927, mit 16 Jahren, Mitglied der neugegründeten Kommunistischen Partei Brasiliens (PCB). Er wird Zeuge der verschiedenen Kehrtwendungen der Komintern, von der Bekämfpung des Sozialfaschismus zur breiten Volksfront, die sich in den Ländern der Dritten Welt besonders fatal auswirken. Seine Kaderarbeit in den Gewerkschaften von Sao Paulo bringt ihn mehrfach in die Gefängnisse des Diktators Getulio Vargas, während des Zweiten Weltkrieges leitet er die"Gruppe für Spezialoperationen" innerhalb der illegalen PCB.

1958 vollzog die KP wieder eine Wendung um 18o Grad und forderte ihre Mitglieder auf, eine "vereinigte nationale und demokratische Front" zu unterstützen, die selbstverständlich von der nationalen Bourgeoisie angeführt wurde. Ein Jahr später siegte die Kubanische Revolution, und mit ihrer Transformation in eine sozialistische Revolution schloß sich auch die "progressive" Bourgeoisie immer stärker den eindeutig pro-imperialistischen Kräften um das Militär an. Undi die KP, die unter Goulart in das Netzwerk des bürgerlichen Staatsapparats eingedrungen war, ohne ihn jedoch zu beherrschen, konnte nicht mehr reagieren. Der Militärputsch im April 1964 traf eine ratlose, kampfunfähige Partei, die sich weitgehend zerschlagen ließ.

Carlos Marighela wird noch im Mai 1964 in einem Kino verhaftet, während der trotz einer Kugel in seiner Brust noch zwei Polizisten schwer verwunden kann. Durch eine bürokratische Fehlbündung wird er wieder freigelassen und geht sofort in den Untergrund. Er zieht die Lehren aus der Kubanischen Revolution und der fehlgeschlagenen Politik seiner Partei. Die Abwendung von der KP, die sympotmatisch ist für die Position der kämpferischsten Teile aller lateinamerikanischen Parteien, findet ihren offenen Ausdruck auf der OLAS-Konferenz, dem Zusammenschluß der Befürworter des bewaffneten Kampfes in Form des Guerilla-Krieges, in Havanna im August 1967. Carlos Marighela spricht als Leiter der brasilianischen Delegation: "Keine Avantgarde verdient diesen Namen, wenn sie nicht imstande ist, alle Formen des Kampfes zu vereinen und das Volk zur Ergreifung der Macht zu führen. Keine Avantgarde verdient diesen Namen, wenn sie sich nicht darauf vorbereitet hat und wenn sie nicht das Volk auf den bewaffneten Kampf vorbereitet hat. Diejenigen, die sich dieser Aufgabe unter dem Vorwand des falschen Dilemmas zwischen politischem Kampf und bewaffnetem Kampf entziehen, werden vom Volk ignoriert und von der Geschichte verurteilt werden."

Carlos kehrt nach Brasilien zurück, um "zur Aktion überzugehen." Die Partei fordert ihn noch einmal auf, sich vor dem ZK zu verantworten. Er weigert sich und wird ausgeschlossen. Noch im selben Jahr gründet er die "Revolutionäre Kommunistische Partei Brasiliens" (PCBR) und ist seit zwei Jahren maßgeblich an der Leitung und Koordination der Aktionen in Brasilien beteiligt: Überfälle auf Banken und Kasernen (die rund vier Millionen DM und ein riesiges Waffenarsenal für die revolutionäre Bewegung einbringen), Sabotage gegen imperialistische Institutionen, Exekution eines amerikanischen Offiziers. Und schließlich die Entführung des US-Botschafters, zwei Wochen nachdem Carlos Marighela über eine von den Revolutionären besetzte Rundfunkstation eine "spektakuläre Aktion" angekündigt hatte, die bisher blamabelste Niederlage des Imperialismus in Brasilien.

Trotzdem geht das Geplapper der bürgerlichen Presse von der "neuen Form der Großstadtguerilla", die angeblich [illegible]

Realität dieser Strategie vorbei, die Carlos Marighela selbst mehrfach expliziert hat: Aktionen in den Städten sind ein Instrument, um die gegnerischen Kräfte zu verwirren und zu spalten. Bewaffnete Kommandos, Überraschungskaktionen, äußerste Schnelligkeit der Angreifer, rigorose Planung der Operationen - das sind die Kennzeichen der Strategie in den Städten, die jedoch nur vorbereitenden Charakter haben. Der entscheidende Kampf findet jedoch in dem strategischen Zone statt, 9in den Landgebieten. Dort wird ein Bewegungskrieg durchgeführt, der sich nicht auf befreite Gebiete stützt, da diese zu leicht von den technologisch hervorragend ausgerüsteten Gegnern eingekreist werden können (anhand der Schriften von brasilianischen Genossen werden wir in einem späteren Info das Verhältnis von Landguerilla und Stadtguerilla eingehend3r erörtern).

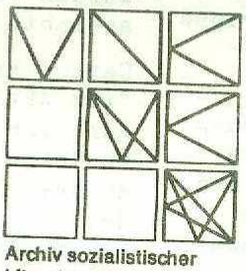
Die bürgerliche Öffentlichkeit reagierte mit hämischen Kommentaren auf den Tod des Genossen Marighela: Die revolutionäre Bewegung Brasiliens hat ihren erfahrensten und fähigsten Führer verloren; die Blamage des entführten Botschafters ist scheinbar abgewaschen. Aber die Aktionen in Brasilien haben längst das Stadium verlassen, in dem die Fähigkeit und die Erfahrung eines einzelnen, und sei er noch so wichtig, über das Schicksal einer ganzen Bewegung entscheiden kann.

-red

Verlag Neue Kritik KG, 6000 Frankfurt am Main 1, Wilhelm-Hauff-Strasse 5, Telefon (0611) 74 86 70

„Die wissenschaftliche Bedeutung der Arbeit N. I. Bucharins liegt besonders darin, dass er die Grundtatsachen der Weltwirtschaft betrachtet, die mit dem Imperialismus als einem Ganzen, als einer bestimmten Entwicklungsstufe des höchstentwickelten Kapitalismus zusammenhängen." (W. I. Lenin in ‚Prawda' vom 21. 1. 1927)
Bucharin beseitigt in dieser Arbeit die noch immer weit verbreitete Gleichsetzung von Imperialismus und Eroberungspolitik überhaupt, indem er den Imperialismus als die spezifische Politik des monopolistischen Kapitals beschreibt.
Die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus der freien Konkurrenz beschleunigt die Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf nationalstaatlicher Ebene. Mit der Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und dem tendenziellen Fall der Profitrate bei Beschränkung auf die Inlandsmärkte mussten neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation – im Auslands- wie im Inlandsmarkt – durch Waren- und Kapitalexport und die Erschliessung neuer Rohstoffquellen geschaffen werden. Mit dem Einsatz staatlicher Machtmittel (Schutzzölle und militärische Drohungen) entstand so zunächst die internationale Verflechtung des Weltmarktes und der Weltwirtschaft. In diesem System der Konkurrenz nationaler Trusts war der Einsatz der staatlichen Kriegsmaschinerie nur ein logisches Mittel des Konkurrenzkampfes.

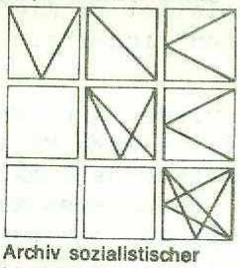
Nikolai Bucharin
Imperialismus und Weltwirtschaft



Archiv sozialistischer Literatur 13
193 Seiten, ca. DM 18,00
September

für Genossen nur DM 15,-

Rosa Luxemburg
Die Akkumulation des Kapitals und Antikritik



Archiv sozialistischer Literatur 1
573 Seiten, DM 28,00

Rosa Luxemburg untersucht in diesem berühmten Standardwerk der Imperialismustheorie, ob in einem nach aussen geschlossenen kapitalistischen Wirtschaftssystem fortlaufend sich erhöhende Investitionen als Bedingung des Profits möglich sind. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass der Kapitalismus auf die Dauer nicht ohne äussere Expansion bestehen kann.

für Genossen nur DM 20,-

Der Bucharin ist sehr viel leichter zu lesen als die Rosa. Trotzdem darf bei Arbeiten zur Imperialismustheorie auf keins der beiden Bücher verzichtet werden.

Zum Genossenpreis in den bekannten Buchhandlungen in Berlin, Hamburg, Kiel, Frankfurt, Erlangen, Heidelberg, Freiburg, Hannover (siehe Info 23) oder durch Überweisung des entsprechenden Betrages unter Angabe des Verwendungszweckes auf unser Postscheckkonto Frankfurt 150774.
Zum Normalpreis in allen Buchhandlungen (mindestens auf Bestellung)

TUPAMAROS-Stadtguerilla in Uruguay

Zu den zahlreichen Protesten, die die Lateinamerikaner während des letzten Besuchs von Gouverneur Nelson Rockefeller inszenierten, um ihren Widerstand gegen die US-Politik zu demonstrieren, gehörte auch die Verwüstung der General-Motors Büros in Montevideo (Uruguay) durch ein Kommando der Movimiento do Liberacion Nacional (MLN), bekannt als die Tupamaros. Trotz äußerster Sicherheitsmaßnahmen brachen vier Männer - als Polizeibeamte verkleidet und mit Maschinenpistolen bewaffnet - in das GM-Gebäude ein und überwältigten zwei Wächter. Sie schütteten Brennstoff in verschiedene Räume und auf sechs Autos und setzten das Gebäude in Brand. Später wurden an der Stelle Flugblätter mit dem fünfzackigen Stern der Tupamaros gefunden: sie enthielten eine Protesterklärung gegen den Besuch des "imperialistischen Agenten" Rockefeller. Im Juli, als Uruguay unter Kriegsrecht stand, töteten die Tupamaros einen Polizisten und entwaffneten auf fünf Streifzügen mehrere.

Die Tupamaros erwiesen sich als das größte Problem für Präsident Jorge Pacheco Areco, der 1967 das Amt nach dem Tode von General Oscar Gostido übernahm. Die Tupamaros führen den Guerillakampf in Stadtgebieten - wo alle bisherigen Versuche revolutionären Kampfes gescheitert sind.

Seit dem Sturz Batistas durch Fidel Castro und seine Genossen setzte sich bei vielen lateinamerikanischen Revolutionären die Überzeugung durch, die einzige Methode, an die Macht zu kommen, sei der Guerillakampf. In einigen Ländern, besonders in Venezuela, versuchten die Revolutionäre den bewaffneten Kampf sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Gebieten.

In Uruguay haben die Tupamaros viel zur Entwicklung der Oppositionsbewegung beigetragen. Genau zu dem Zeitpunkt, als der Stadtguerilla-Kampf in Venezuela abgebrochen wurde, übernahmen die Tupamaros diese Strategie als die den "objektiven Bedingungen" ihres Landes adäquateste.

Die Bevölkerung des Land es kam bis dahin in den Genuß eines fortgesvhrittenen Wohlfahrtsystems und die vorherrschende Mittelklasse hatte real einen hohen Lebensstandard - verglichen mit den andreren lateinamerikanischen Ländern; Uruguay war in der Tat die "Schweiz Lateinamerikas".

Mitte der fünfziger Jahre aber geriet Uruguay in eine ökonomische Krise. Antiinflationäre Maßnahmen der Regierung zu Beginn der 60ger Jahre stießen auf wachsende Opposition. Nachdem die Lebenshaltungskosten in 15 Monaten um 160% gestiegen waren, versuchte Präsident Pacheco Areco im Juni 1968 die Inflation durch Lohn- und Preiskontrollen zu stoppen. Der Entscheidung waren einen Monat lange militante Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Arbeitern, Angestellten, Lehrern und Schülern, die für größere Ausbildungsinvestitionen und für niedrige Bus-Fahrpreise streikten, vorausgegangen. Pacheco Areco erklärte für Uruguay den begrenzten Kriegszustand. Die Situation beruhigte sich dadurch keineswegs: die Streiks gingen weiter.

Die Entstehung der MLN ist immer noch ziemlich unbekannt. In einem Land, das so klein ist, daß das bestbewachte Geheimnis leicht entdeckt wird, ist fast nichts bekannt über die Tupamaros, ihre Entstehung und ihre Führung. Der Name leitet sich her von Tupac Amaru, einem Inka-Führer im 18.Jhd., der einen erfolglosen Aufstand gegen die Spanier anführte.

Die Tupamaros gaben sich als revolutionäre Organisation zum ersten Mal am 9.August 1965 zu erkennen, als kurz vor Mitternacht eine hochexplosive Bombe vor dem Verwaltungsgebäude des Chemiekonzerns Bayer in die Luft ging. Ein Zettel mit folgendem Inhalt wurde in der Nähe gefunden: "Tod den Yankees, den Mördern der Vietnamesen. Die vietnamesische Invasion der US-Mörder muß durch die Einheit aller unterdrückten Völker beantwortet werden. Der gemeinsame Feind muß vernichtet werden. Bayer, ein Nazi-Unternehmen, produziert Giftgas für die US-Intervention. VIva Vietnam. Viva la Revolucion. TUPAMAROS."

Das grundsätzliche Motiv, das die Tupamaros in den frühen 60ger Jahren zu ihrer Strategie veranlaßte, war die Überzeugung, daß Uruguay in eine tiefe, langandauernde Krise getreten sei. Die Maßnahmen, die von

der Regierung getroffen wurden, um die ökonomische Lage Uruguays zu bessern, trafen besonders hart die Mittelklasse. Beamte, Bankangestellte und Studenten leisteten Widerstand gegen das Kriegsrecht und setzten ihren Streik gegen die steigenden Lebenshaltungskosten fort. Einige von ihnen schlossen sich den Tupamaros an. Nach einem Überfall auf die Banco de Cobranzas wurden 1964 zwei Tupamaros verhaftet: es waren ein Professor der Escuela Nacional de Bellas Artes und ein ehemaliger Schüler dieser Schule; wenig später wurde ein Ingenieur verhaftet, der die Waffen für den Überfall verschafft hatte. Die Tupamaros sagen von sich: "Die meisten Leute mögen nicht imstande sein, an unsrem Kampf teilzunehmen - aber zumindest haben sie keine Lust, für eine Regierung zu sterben, die sie nur unterdrückt."

Am 31.Juli 1963 brachen einige Männer in das Gebäude des Schützenvereins von Nueva Helvecia, einer Kleinstadt im Hinterland Uruguays, ein und raubten 31 Gewehre und zwei Karabiner, die zum größten Teil von der Armee Uruguays entliehen waren. Zuerst schrieb die Polizei den Raubüberfall einfachen Kriminellen zu; doch bald kam sie zu dem Schluß, daß dies ein politischer Akt gewesen war und daß Raul Sendic der Führer der Gruppe war; damit hat sie sicher recht.

Der Überfall auf Nueva Helvecia war nur der Anfang einer langen Serie von Angriffen auf Waffenarsenale. Dynamit, Gewehre, Militär- und Polizeiuniformen verschwanden bei Blitzpperationen. Am 1.Januar 1964 wurde das Zollamt von Bella Union, einer Stadt an der Grenze zu Brasilien, von einer handvoll Männern angegriffen, die 19 Gewehre erbeuteten. Im Februar 1966 brach ein Kommando in ein Theater ein, in dem gerade ein Arnold Wesker Stück gezeigt wurde, und raubten 10 Mauserund 18 Militäruniformen, die von der Armee für die Aufführung geliehen worden waren.

Ein weiteres Ziel der Überfälle sind Banken. Bei ihrem letzten Banküberfall erbeuteten sie fast 10 000 Dollars. Am 29.November 1968 betraten sechs Männer um 15,45 Uhr das Casino Carrasco in Montevideo und verließen es mit 25 000 Dollars. Am 18.Februar 1969 brachen sieben Männer in der beliebtesten Verkleidung der Tupamaros: als Polizisten verkleidet in das elegante Casino San Rafael in Punta del Este ein und entkamen mit 200 000 Dollars.

Auch die wichtigsten Radiostationen Montevideos wurden von den Tupamaros angegriffen. Die Sabotageaktion gegen Radio Ariel, das dem Areco-Freund Jorge Batle gehört, war teilweise erfolgreich. Die Station wurde wenige Minuten vor einer Ansprache des Präsidenten an die Nation überfallen; der Schaden war so groß, daß die Station für mehrere Tage ihre Sendungen einstellen mußte. Die Tupamaros entkamen mit einigen Kurzwellensendern.

Der ungewöhnlichste Tupamaro-Überfall war der durch das "Hunger-Kommando". Diese Gruppe hielt am 24.12.63 einen Lastwagen einer Lebensmittelfilialkette an und verteilte Hühnchen, Truthähne und Süßigkeiten unter die Einwohner eines Slums als Weihnachtsessen.

Die Transformation von Uruguays militanter Linksopposition fand etwa zwischen 1962 und 1963 statt. Damals beschlossen Sendic und die radikalen Mitglieder der Sozialistischen Partei, die in den Landgebieten Uruguays die Arbeiter nicht-gewerkschaftlich organisiert hatten, unabhängig von drr offiziellen Linie der Sozialistischen Partei eine paramilitärische Gruppe zu organisieren. Das waren die Tupamaros; ihr erster Überfall, der in Nueva Helvecia, wurde ohne Wissen und Unterstützung der Partei ausgeführt.

Die zweite Stufe der Entwicklung ist gekennzeichnet durch die Entscheidung der Tupamaros, daß die Arbeit einer paramilitärischen Gruppe nicht in Verbindung mit einer bestimmten Partei durchgeführt werden könne. Es entstand so das Movimiento do Liberacion Nacionale, das alle die als Mitglieder annimmt, die mit seiner Strategie und Taktik übereinstimmen.

Das strategische Konzept der Tupamaros ist ganz klar: "Obwohl die Bemühungen, eine Partei oder Massenbewegung vor dem bewaffneten Kampf zu gründen, nicht verachtet werden dürfen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der bewaffnete Kampf Massenbewegungen beschleunigt und fördert. Niemand kann mehr daran zweifeln, daß selbst die kleinste bewaffnete Gruppe größere Chancen hat, eine Volksarmee zu werden, als eine Gruppe, die sich darauf beschränkt, 'revolutionäre Positionen' einzunehmen." Diese ablehnende Haltung gegen über den Diskussionen zahlreicher lateinamerikanischer Linker über die Rolle der politischen Partei im revolutionären Prozeß ist kennzeichnend für die Tupamaros und leitet sich von ihrem mangelnden Dogmatismus in allen Fragen - mit Ausnahme des letzten Ziels, des Sozialismus -her.

Sie verstehen sich selbst als Marxisten-Leninisten und betrachten ihren Kampf als Teil der gesamtlateinamerikanischen Strategie: "viele Vietnams" zu schaffen.

"Eine sinnvolle Strategie für diesen Tag, diesen Monat, dieses Jahr besteht darin, so früh wie möglich eine bewaffnete Gruppe aufzubauen, die in der Lage ist, jede günstige Situation, die durch die Krise in Uruguay oder durch irgendeinen anderen Faktor geschaffen ist, auszunützen. Die Strategie besteht weiter darin, durch die Aktionen der bewaffneten Gruppe oder auf andere Weise Bewußtsein bei der Bevölkerung zu schaffen; die Verbindung mit anderen lateinamerikanischen revolutionären Bewegungen herzustellen für Aktionen auf dem ganzen Kontinent."

Die Tupamaros verzichteten auf den Land-Guerilla-Kampf, da Uruguay keine Berge und keinen Dschungel hat, wo Stützpunkte organisiert werden könnten. Zudem ist Uruguay sehr verstädtert, mindestens 70% seiner 2 560 000 Einwohner leben in Städten und davon allein die Hälfte in Montevideo. Die Hauptstadt bestimmt die ökonomischen Prozesse in Uruguay, der größte Teil des internationalen Handels läuft hier ab, 75% der Elektrizität werden verbraucht und der größte Teil der Industrieanlagen befindet sich hier. Montevideo gab für die Tupamaros einen sehr viel besseren Guerillastützpnkt ab als die flachen, kaum besiedelten Landgebiete.

Obwohl die Polizei annimmt, daß es einen harten Kern von ca. 100 Tupamaros gibt, ist die genaue Zahl unbekannt. In einer neuen Veröffentlichung ist die Zahl der Tupamarosmitglieder mit 1 000 angegeben, von denen aber nur 50 oder 100 an den Kommando-Unternehmen teilnehmen. Die Mitglieder sind aufgeteilt in völlig unabhängige Zellen von 6 oder 7 Männern, die durch die Führer der Organisation koordiniert werden; kein Tupamaro kennt die wahre Identität der andren Mitglieder seiner Zelle. Über Entscheidungen zu Kommando-Unternehmen wird abgestimmt, einzeln oder von ganzen Zellen. Die Führer treffen sich einmal im Jahr, um die Bestimmungen und strategischen Einschätzungen ihrer Gruppen zu diskutieren. Es ist nicht bekannt, ob die MLN sowohl eine militärische als auch eine politische Führung hat oder ob beide personalidentisch sind.

In den letzten drei Jahren hat die Polizei ungefähr 11 Tupamarosstützpunkte entdeckt. Einige von ihnen waren Vdrstecke, andere behelfsmäßige Munitionsfabriken, andre Munitionslager. In einem dieser Lager, einem Photo-Atelier, fand die Polizei eine Ausrüstung zur Herstellung von Ausweisen, die denen der Polizei Uruguays sehr ähnlich sind. Alle Maschinen, die bei den Fälschungen verwendet wurden, und sogar das Papier waren echt und stammten aus den Polizeizentralen. Die Schrifttypen, die in Tupamaro-Verstecken gefunden wurden, führten zu der Annahme, daß die Tupamaro-Bewegung Guevara den falschen uruguayischen Paß verschaffte, den er auf seinem Weg nach Brasilien benutzte.

Nur zwei Tupamaros wurden seit 1965 getötet, als die MLN ihre Aktionen verstärkte, doch mindestens 20 Männer, die mit der Bewegung in Verbindung stehen, sind im Gefängnis. Obwohl sicher einige gefoltert wurden, führten die Informationen, die die Polizei dadurch erhielt, zu keinem größeren Rückschlag der Bewgung: die Organisation in Zellen verhinderte das. Kein einziges führendes Mitglied der Tupamaros konnte bisher verhaftet werden. Sendic, gegen den nach dem Überfall auf Nueva Helvecia Haftbefehl erlassen wurde und der wahrscheinlich eines der wichtigsten Mitglieder der MLN, wenn nicht gar ihr Führer ist, ist immer noch frei. Er den Überfall auf das Casino San Rafael angeführt haben, nachdem er sich zur Vorbereitung mindestens zwei Monate mit seiner Frau und seinem jüngsten Kind in Punta del Este aufgehalten hatte.

Die Tupamaros haben sogar die Polizei infiltriert; ein gängiger Witz in Montevideo heißt: wenn Du eine exakte Wettervoraussage haben willst, frag einen Tupamaro. Die Tupamaros haben umfangreiche Informationen über die Armee von Uruguay. Die Polizei erbeutete Dokumente, die eine präzise Kenntnis der Garnisonen von Montevideo verraten - über Mannschaftsstärke, Namen der Offiziere, Tabellen, Privatadressen, Versorgungsmethoden, etc.

Die Tupamaros haben bislang die Regierung noch nicht direkt angegriffen; sie haben vielmehr versucht, deren Korruption zur Schau zu stellen, oder sie zu zwingen, ihre Schwäche klar zu zeigen und mit irrationaler Repression zu antworten. Am 7. August 1968 entführte ein Tupamaro-Kommando Dr. Ulises Pereira Reverbel, den Präsidenten der staatseigenen Elektrizitäts- und Telephongesellschaft, enger Freund von Präsident Pacheco Areco und einer der Ideologen der Harten Antiarbeiterpolitik der Regierung. Die MLN veröffentlichte eine Erklärung, in der die sich als voll verantwortlich für die Entführung bezeichnete und die Polizei davor warnte, nach dem Gefangenen zu suchen. Trotz großer Anstrenungen der Polizei von Montevideo wurde Pereira Re-

verbal nicht gefunden - erst fünf Tage später tauchte er wieder auf: abgemagert, unrasiert, aber unverletzt, in einem Land Rover, der in der Nähe von Montevideos größtem Fußballstadion geparkt war. Die Entführung diente nicht allein der Publizität, sie sollte auch die Unterstützung der Arbeiter einleiten, die bisher Objekt von Pereira Reverbals arbeiterfeinlicher Politik waren. In ihren Bemühungen, seinen Aufenthaltsort ausfindig zu machen, dehnte die Regierung die Suche auch auf das Gebiet der Universität aus. Die Polizei betrat mehrere Gebäude ohne Warnung und ohne vorher um die Erlaubnis des Rektors zu bitten. Studenten leisteten gegen die Untersuchungen Widerstand und militante Zusammenstöße waren die Folge.

Die Tupamaros haben die ersten Etappen ihrer Strategie durchlaufen ohne in Terrorismus zu verfallen. Nur wenn sie gezwungen sind, kämpfen sie mit der Polizei. Wenn immer durch ihre Überfälle Zivilisten verletzt werden könnten, treffen die Tupamaros Maßnahmen, um sie zu schützen. Während eines Banküberfalls halfen die Tupamaros einer älteren Frau, die in Ohnmacht gefallen war. Später mußte sogar der Polizeichef von Montevideo "die perfekte Organisation, das gute Benehmen der Eindringlinge und ihr menschliches Verhalten" loben. Ein anderes Mal, als die Tupamaros den Übertragungsraum von Radio Ariel in die Luft jagten, warnten sie vorher die Leute in einem nahestehenden Haus, sie könnten durch die Explosion verletzt werden. Tatsächlich wurde die Bevölkerung von Uruguay nie ernsthaft durch die Aktionen der Tupamaros verletzt, wenn auch gelegentlich Passanten verwundet wurden. Daher werden der Mut und die präzise Arbeit der MLN von der Bevölkerung bis zu einem bestimmten Grad bewundert, ohne daß die notwendig die Ziele der Tupamaros billige.

(Übersetzt aus: Liberation News Service, Nr.202, 11.Oktober 1969; New York)

Die bürgerliche Presse verteufelte ihn als Banditenführer, die KPD-Funktionäre distanzierten und solidarisierten sich halb und halb. Max Hoelz hatte mit anderen Genossen die letzten bewaffneten Widerstandskämpfe der Arbeiter gegen die konzertierte Aktion von SPD-Führung, Unternehmerschaft und Junkertum zur Unterdrückung der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik organisiert. Die bürgerliche Justiz, die personal und funktional den wilhelmi-

MAX HOELZ

VOM "WEISSEN KREUZ" ZUR ROTEN FAHNE

nischen Obrigkeitsstaat fortsetzte, verurteilte ihn zu lebenslangem Zuchthaus, obwohl er mit Sicherheit die ihm zur Last gelegte Tötung eines Ausbeuters noch nicht einmal begangen hatte. Nach acht Jahren wurde er entlassen - trotz aller Foltermethoden und auch Isolierung innerhalb der sozialistischen Gruppen in Deutschland noch kein Zerstörter, der sich mit dem kapitalistischen Gewaltstaat abfindet. VOM "WEISSEN KREUZ" ZUR ROTEN FAHNE ist seine Biografie, der hisktorische Bericht über die Klassenkämpfe in Deutschland zu Beginn der Weimarer Republik.
SONDERAUSGABE FÜR DIE REPUBLIKANISCHE HILFE: DM 14.-

Gegen Vorauszahlung auf das Konto der Rep.Hilfe: Dresdner Bank Ffm 28 28 8o

Gegen eine falsche Syndikalismuskritik

Die oft falsch als "Ungleichzeitigkeit" der verschiedenen lokalen SDS-Gruppen beschriebene Schwierigkeit einer "Provinzgruppe", sich im Verhältnis zum Gesamtverband zu definieren, kann zu zwei Fehlern führen:

Entweder wird in einem unhistorischen Verständnis der Entwicklung der Studentenbewegung versucht, "Phasen" voluntaristisch nachzuholen, in den Metropolen längst verschlissene Parolen in zeitlichem Rückstand aufzugreifen, ohne auf die eigene spezifische Situation zu reflektieren und deshalb sich auch nicht erklären zu können, warum die aufgegriffenen Parolen notwendig nur zu einem Surrogat der Praxis führen, aus der sie entstanden sind.

Oder der Hinweis auf die mit der spezifischen lokalen Situation verbundenen Schwierigkeiten dient als bloße Rationalisierung revisionistischer Praxis.

Beide Fehler bedingen den Verlust eines politischen Selbstbewußtseins, das sich der Bestimmung eigener (lokaler) Perspektiven und der theoretischen Verallgemeinerung eigener Erfahrungen vom Maßstab der eben auch nur lokalspezifisch bedingten Theorie und Praxis der Metropolen unabhängig machen könnte. Zudem begreift das im Partikularismus der überregionalen Organisation begründete lokalbornierte Bewußtsein einer "Provinzgruppe" allzu leicht den organisatorischen Zustand in den Metropolen als "Fortschritt", ohne zu bemerken, daß sich dort auf lokaler Ebene der überregionale Partikularismus mit all seinen organisations- und praxiszerstörenden Folgen fortsetzt (vergl. Hannah Kröger in nk 54).

Diese falsche Einschätzung der lokalen Situation und des eigenen realen politischen Fortschritts verkennt, daß gerade die "schwierige" Situation in der Provinz die politischen Perspektiven der sozialistischen Gruppen oft deutlicher erkennbar macht, daß gewisse "Umwege" im Organisationsprozeß vermieden werden können und daß Fraktionierungen sich nicht zu Interessengegensätzen verdinglichen dürfen, die über dem Kampf um die richtige Linie den Kampf gegen den Klassenfeind vergessen lassen oder den Klassenfeind nur noch im Gewand anderer sozialistischer Gruppen erkennbar werden lassen.

So stellt sich etwa in Göttingen das Verhältnis der Politik an der Hochschule zur außeruniversitären Arbeit insofern sehr klar dar, als einem abstrakten Begriff von Aufklärung folgende "Aktionen in der Stadt", die hier ohne jeden Bezugspunkt für militante Angriffe auf Positionen des Klassenfeindes wären, von vornherein nicht als Ersatz für "außeruniversitäre" Arbeit begriffen werden können, sondern sehr unmittelbar mit politischer Arbeit außerhalb der Hochschule sich ganz konkrete politische Aufgaben mit ganz bestimmten Gruppen der Stadtbevölkerung verbinden, die ebenso unmittelbar organisatorische Lösungen verlangen, in denen bereits die langfristigen Perspektiven für die Organisation des Klassenkampfes im Ansatz enthalten sind.

Umso weniger kann die perspektivlose Militanz von Massenmoblisierungen den Blick auf die t a k t i s c h e Bedeutung von Massenmobilisierungen für uns selbst versperren und zur Verwechslung von politischer Spontaneität und nur syndikalistisch oder existentialistisch motivierter, f ü r d i e M a s s e notwendig nur temporärer Aktionsbereitschaft drängen. Zugleich bietet die Situation an den niedersächsischen Hochschulen die Chance, sich nicht in der Auseinandersetzung mit der technokratischen Funktionalisierung der Produktivkraft Wissenschaft den Kopf mit der Resignation vor der scheinbaren, mit "technischer Rationalität" sich stabilisierenden Widerspruchslosigkeit und Befriedungsmöglichkeit der Wissenschaftsinstitutionen vernebeln zu lassen.

Die Rückständigkeit Niedersachsens in der Hochschulgesetzgebung läßt einerseits die offene Irrationalität einer restaurierten Ordinarienuniversität bestehen, andererseits ist die Entwicklung in den anderen Bundesländern aber so deutlich,

daß der wirkliche Gegner, die Strategie der "fortschrittlichen" Fraktionen des Kapitals zur Unterwerfung der Hochschule, nicht aus den Augen verloren wird.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt uns über das Verhältnis der Intelligenz zur Arbeiterklasse zweierlei:
Zum einen beginen Intellektuelle nie k o l l e k t i v Klassenverrat, sondern übernahmen als e i n z e l n e Avantgarde-Funktionen in den proletarischen Organisationen.

Zum anderen unterstützte die Masse der kleinbürgerlichen Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen offen die Herrschaft des Kapitals.

Wenn sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution die objektive Interessenlage der Intelligenz verändert, dürfen wir, sofern wir aus der Geschichte gelernt haben, daraus keine falschen Schlüsse ziehen: eine Klassenanalyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus bringt dann keinen praxisrelevanten Erkenntnisfortschritt, wenn sich der Erkenntnis, daß die technische Intelligenz unmittelbar produktive Arbeit leistet, die Annahme anschließt, daß damit objektiv die Möglichkeit gegeben sei, die Intelligenz kollektiv als tendenziell revolutionären Teil der Arbeiterklasse oder als "neue Arbeiterklasse" (Roth) zu organisieren.

Eine solche Verknüpfung von Analyse und Perspektive wäre kurschlüssig-scholastisch, weil sie übersieht, daß sich gleichzeitig mit der "Verproletarisierung" eines großen Teils der Intelligenz die Qualifikationsstruktur der menschlichen Arbeitskraft insgesamt derart verändert, daß die in ihrem Verhältnis zum Produktionsprozeß objektiv identische Interessen entwickelnden Arbeitskräfte subjektiv durch eine verschärfte Hierarchisierung der Funktionen im Arbeitsprozeß umso krasser auseinandergerissen zu werden drohen. D.h. die Rolle der Intelligenz im Arbeitsprozeß wird sie sehr leicht zu einer neuen Arbeiteraristokratie werden lassen, deren Verhalten in unbegriffenen Widerspruch zu ihrer gesellschaftlichen Rolle gerät: bürgerlich verkleidete Arbeiter, denen aber der Rock noch näher sitzt als der weiße Kittel.

Die antiautoritäre Studentenbewegung hat schon für sich bestätigt, daß sie ihre Grenze sowohl in den organisatorischen Aufgaben sozialistischer Studenten wie auch in einer revolutionären Perspektive der Intelligenz findet.

D.h. wir müssen uns für unsere politische Praxis an der Hochschule von formalen Legitimationskriterien wie "mobilisierte Masse" und damit verbundenen Erfolgskriterien, die die Fixierung an die Höhe der Zahl von Sympathisanten bei Parlamentswahlen lediglich auf die Zahl der in Aktionen mobilisierten Studenten überträgt, lösen. Es ist nicht möglich, eine Studentenbewegung massenhaft und kontinuierlich zu organisieren - es sei denn durch falsche Anpassung an das bestenfalls reformistische, aufgeklärt-kapitalistische Bewußtsein der studentischen Massen.

Ebenso falsch wäre es aber, aus der Unmöglichkeit einer offensiven, revolutionären Studentenpolitik den Schluß zu ziehen, sich aus der Universität zurückzuziehen. Wenn es schon das Bündnis zwischen d e r Intellligenz und der Arbeiterklasse nicht geben wird, so verlangt die Unterstützungsfunktion, die ein kleiner Teil der Intelligenz für die Arbeiterklasse ausüben kann, ihre d e f e n s i v e Absicherung, gegen die offene Unterstützung der Konterrevolution durch die Masse der deformierten Intelligenz.

T a k t i s c h gilt immer noch, daß der SDS so stark ist, wie er an der Hochschule ist - solange er eine Studentenorganisation ist, die R ü c k z u g sgebiete braucht.

Die Organisierung politisierter Studenten in Basisgruppen wird einerseits notwendig syndikalistische Formen und Inhalte finden müssen. Da die Kaderbildung außerhalb der Hochschule nur von wenigen bewußten Studenten vorangetrieben werden kann, bliebe anderenfalls das Verhältnis der "linken Studenten" zu ihren Organisationsformen und zur politischen Praxis abstrakt, weil die Studenten ihre unmittelbaren Interessen gegenüber dem Studienbetrieb nicht unvermittelt in der langfristigen Interesssenidentität zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse situieren können.

Gleichzeitig trägt der Basisgruppen-Syndikalismus seine Aufhebung bereits in sich, sofern die Basisgruppen von den sozialistischen Kadern als Rekrutierungsfelder für die revolutionäre Arbeit außerhalb der Hochschule begriffen werden. In ihnen arbeiten die "wissenschaftlichen Hilfskräfte" des Proletariats, deren Arbeitsergebnisse aus konkreten Aufträgen aus der Praxis der sozialistischen Kader resultieren. (In Göttingen z.B. Arbeits-

rechtsanalysen für die organisierten Lehrlinge; Analysen der lokalen Betriebe und der regionalen Situation der Arbeiter für die Betriebsgruppen etc.) Diese Indienststellung der Basisgruppen durch Lehrlings-, Betriebs- und Bundeswehrarbeit eröffnet den organisierten Studenten zwar keine nicht-syndikalistischen Perspektiven für ihre spätere Berufssituation, treibt aber ihr politisches Bewußtsein so weit voran, daß sie mit der Vertretung eigener Interessen stets reflektieren, welche Möglichkeiten konkreter Unterstützung proletarischer Politik ihre eigene syndikalistische Organisierung gewährleisten kann.

Für die studentischen Kader stellt sich damit das Problem "zweierlei Bewußtseins" nicht in der Studentenschaft insgesamt, sondern in der politisierten Studentenschaft. Nicht in dem Sinn, daß wir in elitäre Verhaltensweisen gegenüber den linken Studenten verfallen, die uns jede Praxis an der Hochschule dund die damit verbundenen Erfahrungszusammenhänge verbaut, sondern so, daß wir uns des syndikalistischen Bewußtseins der Studenten bedienen, es vorantreiben, ohne unsere eigene Praxis gleichfalls syndikalistisch zu begrenzen.

Wir können uns nicht idealistisch über die Möglichkeiten der Studentenbewegung hinwegsetzen, den unmöglichen Sprung aus moralischem Protest und bornierter Interessenvertretung in den sozialistischen Kampf von d e n Studenten erwarten,
ohne dann nicht zu der Konsequenz zu gelangen, Studentenpolitik überhaupt wie ein unsere revolutionäre Reinheit befelkkendes härendes Gewand abzustreifen. D.h., daß eine Politik wie die des BV gegenüber dem VDS auf Dauer selbstmörderisch ist, weil in unserer aktuellen Situation die Liquidierung von Institutionen und Organisationen, die nicht direkt revolutionär zu instrumentalisieren sind, unsere eigene Liquidierung zur Folge haben würde - wenn nicht als materielle Zerschlagung des SDS durch uns selbst, so doch deshalb, weil dann jede spezifische Aufgabe des SDS als Organisation der studentischen Avantgarde, jeder Grund für die Existenz des SDS als einer Organisation, die sich gegenüber der Masse der Studenten und gegenüber anderen politischen Organisationen in bestimmter Weise a l s O r g a n i s a t i o n z u v e r h a l t e n hat, fortfallen würde.

Gerade hier müssen wir, bevor wir über die Liquidierung der antiautoritären Phase reden, über die Liquidierung einer falschen Kritik an der antiautoritären Phase reden, wie sie vor allem in der BV-Stellungnahme "Gegen den Syndikalismus in der eigenen Organisation" (info 22) deutlich wird.
Bereits in der Definition der Aufgaben, di der BV mit dem Info künftig leisten will, beweist der BV, daß sein Versuch, eine politische Identität dem Verband gegenüber über seine technisch-administrative Funktionen hinaus zu gewinnen, scheitern muß.

Die Provozierung von "politischen Richtungskämpfen" bleibt beim BV ein selbstzerstörerisches intellektuelles Spiel; er weist keinesfalls aus, inwiefern politische Richtungskämpfe aus dem regionalen Partikularismus herausführen, was und wie sie zu unserer Organisierung beitragen. Die Gefahr, daß Fraktionskämpfe abstrakt ausgefochten werden, ohne sich anders auf die eigene Situation zu beziehen, als im Anspruch auf Allgemeinverbindlichkeit nicht näher für die politische Praxis explizierter "Wahrheiten", zeigt sich in der P o s e des Fraktionskampfes. Schon die Diktion der Überschrift des BV-Artikels ließe durch den drohenden Unterton den alarmierenden Verdacht aufkommen, daß da dringend jemand aus dem Verband auszuschließen sei - gäbe es da überhaupt so etwas wie eine Organisation, aus der jemand, für den das eine Sanktion bedeuten würde, ausgeschlossen werden könnte.

Die Kritik des BV an den Heidelbergern und seine "Selbstkritik" sind der Ausfluß einer Position, die die antiautoritären Fehler i d e o l o g i e k r i t i s c h überwinden will und deshalb die konkrete Wendung der Kritik der antiautoritären Bewegung auf den organisatorischen Zustand des SDS und dessen Verhältnis zur "Bewegung" nicht zur Praxis bringen k a n n .

Das abstrakte Gerede von der "Bewegung" läßt völlig im Unklaren, in welchem Zustand die "Bewegung" über den SDS hinaus ist, wie sich der SDS zur Bewegung verhält. Die Notwendigkeit, daß die Sozialisten Kriterien für die politische Führung einer nur tendenziell sozialistischen Bewegung gewinnen müssen, geht unter in einer wirklichkeitsfremden Identifikation und Bewegung, die einerseits die Fehler des SDS der "Bewegung" anlastet und deshalb nicht konkret werden läßt, andererseits die praktischen Aufgaben, die der SDS über sich selbst hinaus hat, einfach verdrängt: "Der VDS wird - liquidiert

oder nicht - aus dem Interessenbereich revolutionärer Politik verschwinden." So bleibt in der Tat nur das Lamento über die "eigenen Bewußtseins- und Handlungsschranken". So kommt der BV in die seltsame Situation, richtige F r a g e s t e l l u n g e n für die theoretische Selbstklärung des Verbandes zu formulieren, gleichzeitig aber aus diesen Fragen weder praktische Schlüsse zu ziehen, noch sie auch nur auf seine eigene Begrifflichkeit anzuwenden: Er formuliert die Frage nach den bestimmten Aufgaben der Intelligenz als Frage an die "revolutionäre Studentenbewegung", weshalb der Bewegung eine Spontaneität unterschoben wird, die sie doch niemals aus sich selbst entfalten kann, sondern die - solange sie noch maßgeblich Bewegung im Ausbildungsbereich (Studenten, Schüler, Lehrlinge) ist - immer nur durch die begriffene Führung sozialistischer Kader einen engen Interessenrahmen verläßt.

Nur die richtige Bestimmung des Verhältnisses von Massenbewußtsein und Avantgardebewußtsein kann uns zu einem Verständnis des Verhältnisses von Konkretion politischer Arbeit im Bezug zu den Interessen der Intelligenz zur "Gesamtheit der Erscheinungsformen des Spätkapitalismus" bringen. Andernfalls bleibt dieses Verhältnis für uns genauso abstrakt, wie die Frage, die der BV auf die Bestimmung dieses Verhältnisses richtet.

Die "Rigidität", die hinter den Wünschen zur Liquidierung der antiautoritären Bewegung steht und für die jedes Moment antiautoriärer Politik mit der Transformation in die sozialistische Bewegung erledigt zu sein scheint, kann nur dann wirklich überwunden werden, wenn die für die antiautoritäre Bewegung konstitutiven Momente richtig benannt und daraufhin befragt werden, ob sie in die sozialistische Bewegung hinein verlängert werden können. Das darf jedenfalls nicht heißen, den "Anspruch auf eine weltgeschichtliche Totalität", wie er für die antiautoritäre Bewegung doch nur in sehr beschränktem Maße zutrifft, als "auf die Veränderung des Ganzen gerichtet" zu bezeichnen, darin - nicht aber in ihrem Ursprung als im kleinbürgerlichen Interessenbezug verhaftete Bewegung - ihr "inneres Wesen" zu sehen und dann die Überwindung eines derart abstrakten und moralistischen Totalitätsbewußtseins als Mangel des aktuellen Fortschritts der Bewegung zu begreifen.

Den "Bezug zur Gesamtwirklichkeit" versperrt uns zu allererst nicht ein verkürzter Konkretismus, sondern ein abstrakter Begriff von Gesamtwirklichkeit, der dann syndikalistische Interessenvertretung vom Gesichtspunkt weltgeschichtlicher Totalität nur als Bedrohung der schlechten Abstraktion verstehen kann, statt als von uns zu entwikkelnder, für die Mobilisierung der Intelligenz konstitutiver Ansatz. Womöglich wird dann unser Bezug zu den Klassenkämpfen der Arbeiter nur in ihrer Ermöglichung durch die Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Totalität seit Entstehen der antiautoritären Bewegung gesehen, um diesen Bezug nicht der Gefahr niicht unmittelbar revolutionäre Perspektiven aufweisender Konkretion aussetzen zu müssen.

Aktuelle Aufgabe für den SDS ist daher, den Basisgruppen-Syndikalismus aus seiner l o k a l e n Borniertheit zu befreien, nicht aber jeder überregionalen Organisierung der politischen Studenten mit einem bornierten Syndikalismusverdacht zu begegnen. Die Basisgruppen an der Hochschule müssen lokal zu massenhaften Selbstorganisationsformen aufgebaut und zu einer überregionalen Massenorganisation vermittelt werden. Die im SDS verbindlich zusammengefaßten Kader hätten dieser Massenorganisation lokal und überregional in Mobilisierungs- und Aktionsstrategien ihre politische Funktion zu geben. Der Syndikalismus einer solchen Organisation wird nur dann verkürzt, wenn der SDS sich nicht seiner Aufgabe entsprechend ebenfalls überregional reorganisiert. Insofern ziehen die Heidelberger aus ihrer richtigen Kritik am BV einen falschen, formalisierten Schluß, wenn sie an die Stelle des BV allein technische Clearing-Stellen setzen wollen. Die Kritik am BV wird in der Organisierung des SDS realisiert, wobei diese Organisierung nur als t r a n s i t o r i s c h - n o t w e n d i g e s Mittel zur Organisierung der Intelligenz gelten kann.

Der SDS wird allerdings überflüssig in dem Maße, wie die Organisation der Intelligenz nicht mehr von den sozialistischen Kadern des SDS ihre politische Dimension erhalten muß, sondern sich zur organisierten Arbeiterklasse definieren kann.
Erst im Verlauf der Lösung dieser Aufgaben kann auch die Bestimmung sozialistischer Hochschulpolitik von der revolutionären Praxis im "außeruniversitären" Be-

reich her, kann die richtige Bestimmung der in den Basisgruppen arbeitenden Studenten als wissenschaftliche Hilfskräfte des Proletariats die Verkürzung des Verhältnisses zwischen proletarischer und studentischer Politik auf ein ungeschichtliches Auftraggeber-Auftragerfüller-Verhältnis vermeiden; denn es geht um einen geschichtlichen Prozeß einer langfristigen Vermittlung der Praxis im Überbaubereich und an der gesellschaftlichen Basis. Erst diese Vermittlung kann überhaupt revolutionäre Möglichkeiten für die Intelligenz eröffnen und aufzeigen, wie die Produktivkräft Wissenschaft nicht nur vermittels einiger bewußter Individuen, sondern durch zu erkämpfende, institutionalisierbare Präjudizien ihren emanzipatorischen Funktionen zugeführt werden kann.

Hochschulprojektgruppe des
SDS Göttingen

trikont verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16

C. Schuhler

Zur politischen Ökonomie der Armen Welt
Soziale Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in den sogenannten Entwicklungsländern

Dieser Text wurde 1968 als Dissertation an der soziologischen Fakultät der Universität München eingereicht. Die Prüfungskommission lehnte die Arbeit aufgrund mehrerer Gutachten ab. Es ist bezeichnend für den bürgerlich-reaktionären Wissenschaftsbetrieb, daß diese Gutachten der Öffentlichkeit nicht zugänglich wurden – lediglich der Vorwurf der „Einseitigkeit" drang nach außen. Aufgrund einer detaillierten Analyse ihrer historischen Prägung und der speziellen „Modernisierungstheorien" verwirft der Autor die Konzepte der bürgerlichen Soziologie als apologetisch. Die Diskussion der sowjetischen und der chinesischen Theorie des internationalen Klassenkampfes ergibt die theoretische Überlegenheit des chinesischen Ansatzes, der jedoch näher auf die empirischen Bedingungen der Armen Welt konkretisiert werden muß. Das Problem der „Unterentwicklung" ist nicht das Problem des Kapitalmangels noch das Problem fehlender Unternehmertalente noch das Problem der Überbevölkerung: Es ist das Problem der Ausbeutung der menschlichen und physischen Ressourcen der armen Gesellschaften durch inländische und imperialistische Machtgruppen. Der Autor zieht die Konsequenz, daß, solange diese Ausbeutercliquen ihre Macht zur Verfolgung ihrer materiellen Interessen einsetzen können, die Hoffnung auf sozio-ökonomischen Fortschritt getragen wird von den nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in der Armen Welt.

Paperback, 184 S. ..... Genossenpreis 5,90 .... DM 9.80

Conrad Schuhler, **Black Panther, Zur Konsolidierung des Klassenkampfes in USA**

Das Buch gibt zunächst eine ökonomische Analyse des Rassenproblems als Klassenproblem - es geht ein auf die Ausbeutung der Ghettos und die Zerstörung der Identität ihrer Bewohner. Sehr wichtig ist der Abriß der Geschichte des Widerstands der amerikanischen Neger, der von der Kolonialzeit bis zum Entstehen der Black-Power-Bewegung reicht. Eine Kritik an den mangelnden Perspektiven der Black-Power-Bewegung führt über zur Darstellung der Black Panthers, ihrer Organisation und Zielsetzung, nämlich der Bekämpfung des amerikanischen Systems auf Klassenbasis im Rahmen gut koordinierter Organisationen schwarzer und weißer Arbeiter.

Paperback, 104 S. ..... Genossenpreis 4,20 .. DM 7.00

KLASSEN KAMPF

STATT

WAHL KAMPF

Inhalt:

1. Theoretische Konzeption der Kampagne " Klassenkampf gegen Wahlkampf "
2. Zentrale Flugblätter und betriebsspezifische Flug - blätter, die im Verlauf der Kampagne verteilt wurden
3. Bericht über die Resonanz der Kampagne in einzelnen Betrieben
4. WARNSTREIK bei Zündapp und STREIK bei der Müllabfuhr Berichte über die Vorbereitung der Streiks und Strei- protokolle
5. Einschätzung der Kampagne und Aufgaben unserer Be - wegung

Bestellung bei Arbeiter- Basis - Gruppen
c/o Helge Sommerrock,Thomas Schmitz-Bender
8-München-23,Clemensstr. 26 Tel 34 21 71
gegen Vorauszahlung von 2.- DM auf Postscheck-Konto
München - 181 620 (Horst Rogge)

KAMPAGNE DER ARBEITER BASISGRUPPEN IN MÜNCHEN

VON JULI BIS OKTOBER 69

Zur Konzilsdebatte an der FU

Die erfolgreiche Sprengaktion gegen das Präkonzil an der Berliner FU hat der Auseinandersetzung um die Beteiligung am Konzil einen komödienhaften Abschluß bereitet. Es würde sich nicht weiter lohnen, über diese, zum Fraktionskampf hochstilisierte Debatte weiterzureden, hätte nicht der RPK-Beirat (in Gestalt der Genossen Rabehl und Volkholz) in der Nummer 37 dieser Debatte überraschend eine neue Wendung gegeben.

Schon seit Beginn der Organisationsdebatte im SDS, insbesondere aber seit den wilden Streiks war es offenbar geworden, daß man an eine Neubestimmung des Hochschulkampfes gehen müsse. Die bevorstehenden Hochschulgesetze, die Abschaffung der Asten und die negativen Folgen der universitätsintern geführten Selbstbestimmungskampagne machten diese Neubestimmung nur noch dringlicher. Die politischen Gegensätze, die sich seit Ende der Aktiven-Streik-Phase innerhalb der politischen Fraktionen der Studentenschaft herausgebildet hatten, traten in der nun beginnenden Diskussion deutlich zutage. Während die ML auf einer rigiden Durchsetzung marxistisch-leninistischer Organisationsprinzipien beharrte und als strategisches Prinzip für den Hochschulkampf das massenhafte Austreten der universitären Intelligenz aus ihrer Klasse vertrat, wollten die aktivsten unter den Roten Zellen die Konsequenzen aus den Erfahrungen des antiautoritären Hochschulkampfes ziehen und den bornierten Rahmen hochschulinterner Politik durch eine Einbeziehung der Berufsproblematik sozialistischer Studenten und durch eine verstärkte Hinwendung zur verbindlichen Betriebspraxis überwinden.

In der Debatte um die Konzilswahlen fanden die in dieser Auseinandersetzung artikulierten Diffeerenzen ihre erste praktische Wendung. Das entscheidende Handikap der Konzilsdebatte war von Anfang an, daß die an ihr praktisch interessierten Gruppen (Gäng, Kröger & Co, ML) nicht die Konzilswahlen zum Anlaß nahmen, das Verhältnis zwischen Hochschulkampf und Basisarbeit außerhalb der Universität neu zu klären, sondern eben diese Konzilswahlen zum zentralen Gegenstand der Debatte machten. Vertrat die eine Gruppe einen offen taktistischen Standpunkt, indem sie die Wahl eines "liberalen" Universitätspräsidenten zur conditio sine qua non einer "sozialistischen" Hochschulpolitik machte, so vertrat die ML-Gruppe die Position, man müsse die Widersprüche im Apparat ausnutzen und durch Agitation und Propaganda den Studenten die Illusionen zerstören. Beide Gruppen gingen davon aus, daß sich die für den Klassenkampf entscheidenden Auseinandersetzungen nicht innerhalb der Hochschule abspielen würden, sondern in den Zentren der proletarischen Organisationspraxis. Beide Gruppen waren aber objektiv außerstande, die Gewichtung inhaltlich zu konkretisieren, die sich von diesem Standpunkt aus für den Hochschulkampf ergibt. Deshalb erstarrten ihnen ihre taktischen Prinzipien unversehens zur reformistischen Augenwischerei.

Von dieser Tatsache und von der Erkenntnis, daß die Stellungnahmen der drei diese Debatte strukturierenden Gruppen (Gäng-Gruppe, ML, Rote Zelle Germanistik) die grundlegenden Widersprüche des Hochschulkampfes in weiten Teilen rationalisierten, ist der RPK-Beirat in der Einleitung ausgegangen. Sein Beitrag ist deshalb von Bedeutung, weil er die Problematik des Hochschulkampfes in potenzierter Form enthält und einiges Licht wirft auf die Redaktionspolitik der Roten Presse-Korrespondenz.

Aus den einleitenden Sätzen wird klar, daß der Beitrag v e r m i t t e l n soll: "Die Frage eines revolutionären Parlamentarismus oder Wahlboykotts ist abhängig auch von der Einschätzung der Etappe, in der wir uns befinden, inwieweit der universitäre Apparat für unsere Absicht ausgenutzt werden kann, inwieweit die Wahlzeremonie und unser Auftreten in den universitären Gremien zur Tribüne revolutionärer Propaganda werden können und inwieweit Wahlboykott nicht Selbstisolation bedeutet, genauso wie unreflektierte Wahlbeteiligung eine unbewußte Anpassung an die Normen des Universitätsgesetzes und damit Disziplinierung heißen können." Besagt dieser, der KP-Propaganda der zwanziger Jahre entnommene Satz inhaltlich zunächst nicht mehr, als daß man die pro- und die kontra-Entscheidung bei den Wahlen gleichermaßen problematisieren müs-

se, so geht doch in ihn eine grundlegende Fehleinschätzung ein. Es wird so getan, als könne man tatsächlich die technokratische Verwaltungsarbeit hierarchisch gegliederter Universtitäsgremien zum Gegenstand zentraler Aufklärungskampagnen machen und als habe eine Beteiligung von Studenten an diesen Gremien tatsächlich eine politische und politisierende Funktion.

Aus der radikaldsmokratischen Mitbestimmungsphase der Hochschulrevolte ging als negatives Resultat dagegen hervor, daß man durch eine "Beteiligung" an den Universitätsgremien die Technokratisierung der Hochschule nicht nur nicht aufhalte, sondern verschleiere. Diese Erfahrung schloß mit ein, daß politische Erziehung, Aufklärung und Organisierung von Studenten allenfalls auf der Ebene organisierter Institutskämpfe zu erreichen sei, und daß sich auf dieser Ebene allein die durch die Mitbestimmungsidkeologie geweckten Illusionen praktisch auflösen ließen. - Gleichermaßen falsch ist es, die zum Organisationsprinzip der technokratischen Universität gemachten Fachbereiche als Hort sozialistischer Politik anzuhimmeln ("über die Fachbereiche besteht stärker als bislang die Möglichkeit, emanzipatorische und sozialistische Forderungen anzumelden, was zu einer dauernden Staatsintervention führen wird und somit wiederum zur erneuten Politisierung und Mobilisierung der Studenten"). Richtig ist, daß die Chance zur politischen Organisierung von Studenten in den Fachbereichen liegt, und es läßt sich auch darüber reden, daß man in manchen Fachbereichen "sozialistische Projekte" absichern kann, die den technokratischen Intentionen ein Schnippchen schlagen. Aber man soll doch nicht die Nachsicht der Herren Technokraten gegenüber solchen (im technokratischen Sinne) "Unproduktiven" Wissenschaftsdisziplinen wie Philosophie, Soziologie und Psychologie mit einer strategischen Schwäche der technokratsichen Hochschulreform, die Disziplinierung auf allen Ebenen durchzusetzen, verwechseln.

Die vom RPK-Beirat vertretene Position, die hier nur verkürzt wiedergegeben und kritisiert worden ist, macht es notwendig, die historische Funktion der RPK und das gegenwärtige Selbstverständnis ihrer Redaktion unter die Lupe zu nehmen:

Es war das historische Verdienst der RPK, einen ersten praktischen Vorstoß zu unternehmen, um die in den dezentralisierten Praxisbereichen geführten Diskussionen zu veröffentlichen. Sie bot den Gruppen, die imstande waren, ihre Position zu artikulieren, eine Plattform; ja, sie zwang sie sogar, aus dem arcanum der Moabiter, Spandauer, Weddinger etc. Basisgruppenarbeit hervorzutreten. Auf diese Weise begann zum ersten Mal seit der naturwüchsigen Auflösung der Organisationseinheit SDS eine zentrale Diskussion. Die Verbreitung, die die RPK in der Bundesrepublik findet, spricht dafür, daß diese Initiative, auch wenn sie sich in großem Maße auf Berlin beschränkte, auf ein eminentes Bedürfnis aller arbeitenden Gruppen stieß. Diese historische Leistung schlägt aber in ihr Gegenteil um, wenn die Ebene zentraler Diskussion als "Forum" verstanden würde, auf der alle neu sich bildenden Gruppen und Grüppchen ungeachtet der Relevanz ihrer praktischen Arbeit ihre Elaborate veröffentlichen können. Die eben initiierte Diskussion würde dann zum bloßen Meinungsaustausch verkommen.

Man kann der RPK nicht den Vorwurf machen, die habe das nicht bemerkt. Vielmehr ist die Stellungnahme des Beirats Ausdruck eines manifesten Unbehagens an dieser Situation. Wie wenig aber der Beirat selbst die augenblicklichen Erfordernisse einschätzen kann, geht daraus hervor, daß er zukünftig alle Beiträge daran messen will, "wieweit sie zur Vorbereitung von Kampagnen beitragen". Daß dies nicht nur ein unpraktisches Kritereium ist, sondern auch ein falscher Organisationsansatz, liegt auf der Hand und braucht nicht längere erörtert zu werden. Allemal war es die Illusion von metaphysischen Überkadern, die Bewegung durch zentrale Kampagnen organisieren zu wollen. Und jedesmal sind sie dabei auf den Rücken gefallen, ehe sie gemerkt haben, daß die propagandistische Vorbereitung von Kampagnen nicht von selbst ihr Organisationsprinzip hervorbringt.

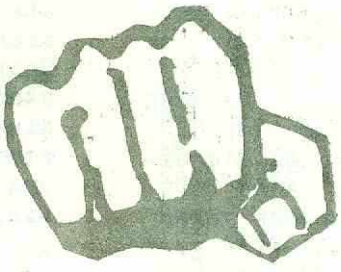
Es sollte Aufgabe einer politischen Redaktion sein, Fehleinschätzungen zu entlarven, die theoretischen und praktischen Differenzen schärfer zu artikulieren und die Beiträge auf ihre praktische Relevanz zu prüfen. Will sie nicht zum liberalkonsequenzlosen "Diskussionsforum" werden, muß sie selbst praktische Konsequenzen ziehen und sich im entstehenden Fraktionskampf als Fraktion konstituieren. Es sollte nicht ihre Aufgabe sein, wie eine Glucke ihre Flügel auszubreiten und zentristischen Nestmief zu verbrei-

ten ("Eine frühzeitige Isolierung der einen oder anderen Gruppe unterbricht und verzögert nicht nur die Diskussion über die nächsten Aufgaben der revolutionären Intelligenz und über die Richtung der Entwicklung der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik, sondern führt zu sektiererischen Verhärtungen und Pathologien, die sich lähmend auf die gesamte revolutionäre Bewegung auswirken müssen.")

Wir brauchen keine altjüngferliche Kassandra und keine "zentralen Kampagnen" Rabehl'scher Proventienz. Wir brauchen eine p o l i t i s c h e RPK-Redaktion!

Die Redaktion des Info

Anmerkung: Die Beiträge zur Konzilsdebatte sind in der RPK Nr.37 abgedruckt.



trikont
verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16

Johannes Ernst Seiffert
Zengakuren
Universität und Widerstand in Japan.

Die Referate behandeln die japanische Studentenbewegung im Kontext der Entwicklung der japanischen Gesellschaft; den Ausbruch der großen Universitätskrise in Japan 1968/69 im Hinblick auf die Zukunft; die konstitutionellen Schwächen der Studentenbewegung. „Aufgrund der ungeheuren permanenten Innevation im dynamischen expandierenden Neokapitalismus, vor allem seit 1966/67, kommt es im Jahre 1968 in Japan zur großen Strukturkrise des Bildungswesens, wie sie für den gesamten Neokapitalismus typisch ist, beginnend mit der großen Strukturkrise der universitären Institutionen. Damit aber tritt der Emanzipationskampf der Gesellschaft in ein neues Stadium ein. Das was revolutionäre Jugendbewegungen wirklich ersetzen, ist die trotz oder gerade wegen der Existenz von SP und KP nicht existierende revolutionäre Partei. Aber ein solcher Ersatz ist keine Dauerlösung. Das verwickelte Problem des Übergangs von der antiautoritären Jugendbewegung zur revolutionären Jugendorganisation, die sich von vornherein als Keimform der revolutionären Partei entwirft, versuchen wir in den ‚Kritischen Thesen' zu behandeln."

Paperback, 158 S. ..... Genossenpreis 4,40 .. DM 7.20

Nordirland – Vom Religionskrieg zur Organisierung der katholischen Minderheit auf Klassenbasis.

Die Ereignisse in Nordirland werden meist als Auseinandersetzung zwischen Protestanten und Katholiken auf ideologischer Basis dargestellt, wobei nicht erkenntlich wird, daß es sich um eine Bürgerrechtsbewegung der ökonomisch und politisch unterdrückten Katholiken handelt. Diese Bewegung hat im letzten Jahr durch die Impulse der nordirischen Studentenbewegung sozialistische Perspektiven angenommen. Außer diesem politischen Aspekt wird der ökonomische Status Nordirlands beleuchtet, der es zu einer englischen Kolonie macht.

Paperback, 72 S. ..... Genossenpreis 2,70 .. DM 4.50

Dokumentation

Rote Zelle Pädagogik

I. Aus den Fehlern lernen!

Studentische Politik an der Pädagogischen Hochschule hat sich in den vergangenen Jahren als schlechte Reproduktion der Strategie und Taktik der antiautoritären studentischen Bewegung entfaltet. Über die Orientierung an den Aktionen der FU-Genossen, über die Teilnahme an den Demonstrationen der studentischen Massen hinaus ist auch der SDS an der PH, der in nichts andrem als einem kleinem Zirkel bestand, lange Zeit nicht gelangt. Erst die Kampagne gegen die Notstandsgesetze bewirkte eine gewisse Politisierung an der PH. Teach-ins waren Momente einer politischen Aufklärungspraxis, die wissenschaftskritische Arbeitsgruppen und punktuelle Mobilisierungen (Aktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz im Zusammenhang mit dem Fall Gottschalch, Aktionen gegen Schweitzer, Zipfel-Aktion) initiierte.

Im Zuge der Wendung an die "Basis", unter der verkürzt die Wahlfachlehrstühle und die Abteilungen verstanden wurden, entwickelte sich auch an der PH eine Reihe von ad-hoc-Gruppen, die sich relativ schnell in Auseinandersetzungen um studentische Detailforderungen verfilzten. Die auf die Hochschule fixierte politische Arbeit wurde von einem lose strukturierten Aktionsbündnis getragen, einer Koalition partikularistischer ad-hoc-Gruppen ("linke Liste"), deren politische Perspektive nebulös blieb und schließlich, seis in wahlfachspezifischer Agitation und reformistischen Rangeleien um Konvent und Asta verkam. Soweit die Praxis nicht allein kurzfristig an Auseinandersetzungen mit der Hochschulbürokratie sich orientierte, setzte sich in ihr ein unreflektiertes syndikalistisches Programm zur Verbesserung der Studiensituation durch (Widerstand gegen unzumutbare Studiensituation, Austragung hochschulpolitischer Konflikte, Kampf gegen technokratische Hochschulreform und Ordnungsrecht). Dies zeigte sich nicht zuletzt auch in der Anlage des allerdings gut organisierten studentischen Tutoriums für Studienanfänger zu Beginn des Wintersemesters, das zwar von kollektivem Studium handelte, über den reduzierten Ansatz einer Politik der Studienhilfe aber nicht hinaus gelangte. Daß dies nicht geschah, ist indessen weniger den Hauptinitiatoren des Tutoriums anzulasten, als vielmehr der Fraktion wortradikaler Theoretiker, die es nicht verstanden, das Tutorium als eine Aufgabe praktischer Agitation mit einer klaren Linie zu politisieren.

Die verschiedenen linken Grüppchen haben sich offensichtlich von den Zwängen, die aus dem mit einem Wust von obligatorischem Unsinn belasteten PH-Studium resultieren, und aus den Begrenzungen kleinbürgerlichen Bewußtseins nicht gelöst.

Der Zwang zur Anpassung ist offenbar so stark, daß für die meisten PH-Studenten eine konsequente sozialistische Praxis immer wieder in Frage gestellt wird.

Eine Vielzahl obligatorischer Fächer, eine nur oberflächliche Einführung in Pädagogik, Psychologie und Soziologie, ein didaktisches Training, das kaum befähigt, die zu vermittelnden Inhalte kritisch zu befragen und zu problematisieren, kurz:

spekulative bürgerliche Erziehungsmetaphysik im Verein mit einer didaktischen Pragmatik, bei völlig unzureichender fachwissenschaftlicher Ausbildung, produzieren die Studenten und Lehrer, die als unkritische Agenten im Sozialisationsprozeß das System nicht gefährden können: fachliche und zur Anpassung neigende Unterrichtstechniker, die ihre eigene Unzulänglichkeit mit pädagogischen Wunschphantasien oder mit offenem Autoritarismus zu kompensieren neigen.

Auch die Genossen sind von diesem Typus des PH-friedlichen Studenten infiziert, für den das Studium eine Anzahl unbefragter Forderungen ist, die ihm gestellt sind, eine Anzahl unsicherer Chan-

chen, die ihm bei Wohlverhalten gewährt werden. Diese Studenten verhalten sich so, wie es das bürgerliche Erziehungsprogramm fordert, dem sie als Kind und Jugendlicher selbst unterworfen waren und auf das sie nun als zukünftiger Lehrer verpflichtet werden. Sie wissen, daß derjenige soziale Anerkennung erfährt, der

das respektiert und fürchtet, was

zu respektieren und zu fürchten verlangt wird. Die psychischen Strebungen, die den ängstlichen Kleinbürger prägen, beherrschen auch die Studenten: Anpassung ans Vorgegebene, Identifikation mit dem, was ist; das Ich fügt sich den Normen und Wertungen, die von außen an das Ich herangetragen werden, damit es überhaupt sein kann.

Diese psychischen Dispositionen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozialen Herkunft der PH-Studenten. Häufig aus kleinbürgerlichem Elternhaus, sind die Studenten als erste Abiturientengeneration der Familie nicht selten w wegen des kurzen Studiums, mangels konkreter Studien- und Berufspläne, mit einem geringen intellektuellen Anspruchsniveau und negativer Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, häufig auch mit Frustrationen aufgrund eines abgebrochenen Universitätsstudiums, an die PHs gekommen. Kritische pädagogische und politische Interessen spielen als Motivation fürs Studium kaum eine Rolle. (Allerdings ist bei einer Reihe von Genossen, die jetzt an die PH gekommen sind, ein ausgewiesenes politisches Interesse, Lehrer in Grund- und Hauptschulen zu werden, vorherrschend). Für die Masse der Studenten jedoch gilt, daß sie sich ohne nennenswerten Widerstand dem Konsum des Studienangebots überläßt, ohne die spätere Berufspraxis zu reflektieren, kgeschweige denn eine politische Perspektive für die spätere Berufspraxis zu entwickeln.

Soweit wir politisch gearbeitet haben, sind wir zuwenig in der Lage gewesen, diese objektiven Schwierigkeiten und unsere soziale Herkunft zu überwinden, haben wir uns individualistisch verzettelt, sind wir in abstrakter Weise wortradikal geblieben und haben uns blind geschäftig und zu häufig auf Probleme der Verbesserung der Ausbildung fixiert.

Erst Ende des Sommersemesters begannen wir, die Verkürzung und Problematik dieses politischen Ansatzes und unserer Arbeitspraxis zu diskutieren. So hieß es in einem Entwurf für eine Strategie an der PH: "Der Kampf um die praktische Veränderung des Arbeitsplatzes kann langfristig ...nur geführt werden mit dem Ziel, die politische Arbeit in den Apparaten, d.h. den Schulkampf in der bürgerlichen Schule vorzubereiten. Die Revolutionierung der Berufsperspektive muß die Auseinandersetzung an der Hochschule bestimmen."

Die Versuche der genaueren Bestimmung dieser Perspektive und die Entwicklung konkreter Formen einer sozialistischen Organisation an der PH mißlangen jedoch einerseits, weil die Auseinandersetzungen um die verbindliche Organisation der Linken auf einer personalistischen Ebene verblieben, auf der die Frage der Organisation zu einer Charakterfrage gemacht werden konnte; andererseits, weil versucht wurde, den Genossen ein inhaltsleeres und rigides Organisationsmodell überzustülpen, das phantasielos die technischen Regelungen der ROTZEG (FU) als Organisationsstruktur anbot. Gleichzeitig versuchte eine wortradikale Sprache über den diesem Modell zugrundeliegenden Revisionismus hinwegzutäuschen, der den Ausbildungssektor zum entscheidenden Bereich im Klassenkampf hochstilisierte. Im ersten Papier für eine Rote Zelle PH hießmes: "Da die historisch tradierten Organisationen der Arbeiterklasse im Sumpf des Revisionsimus verkommen sind, gibt es zur Zeit keine Institution, die der Arbeiterklasse das Bewußtsein der historischen Determiniertheit ihrer Unterdrückung nachhaltig vermitteln könnte, es sei denn, die neue Linke bemächtigt sich des Ausbildungssekters mit dem Ziele, einen entscheidenden (!) Beitrag zur Rekonstitution von Klassenbewußtsein zu leisten." Der formalistische, technizistische, strategisch unklare und in der Konsequenz revisionistische Vorschlag für eine Rote Zelle mußte scheitern.

Die Organisation der sozialistischen Lehrer, Studenten und Dozenten kann nur gelingen, wenn die Bedingungen der Arbeit im Sozialisationssekter 8und der Stellenwert von Erziehung und Ausbildung im Spätkapitalismus konkreter herausgearbeitet werden, um so eine antikapitalistische Strategie für die Arbeit während der Ausbildung wie auch für die Schulpraxis zu entwickeln.

II. Eine antikapitalistische Linie entwickeln !

"Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Chrakter,

sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse". Erziehung ist die Reaktion der Gesellschaft auf die Entwicklungstatsache. Erziehung und Ausbildung sind eine Funktion der Gesellschaft. In der Klassengesellschaft haben Erziehung und Ausbildung die Aufgabe der klassenspezifischen Erziehung und der Ausbildung der Klassen. In der kapitalistischen Gesellschaft reproduzieren sich in der Schule die kapitalistischen Klassenverhältnisse - ist die Schule eine Klassenschule. Zugleich trägt die Schule zur Reproduktion dieser gesellschaftlichen Verhältnisse bei, indem sie Sozialisationsprozesse organisiert, die den Bestand der Produktions- und Besitzverhältnisse garantieren. Sichert sie den Fortbestand der Gesellschaft einmal durch die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten, die eine Voraussetzung des entwickelten technischen Arbeitsprozesses sind, so stützt sie die herrschende Ordnung zum anderen, indem sie im Sinne der Ideologie und des Wertsystems der kapitalistischen Gesellschaft erzieht. Die Schule ist keine gesellschaftsneutrale Veranstaltung, sie ist keine pädagogische Provinz. Dies umso mehr, als die große Masse der Lehrerschaft aufgrund ihrer kleinbürgerlichen Herkunft und ihrer Arbeitssituation als Staatsbeamte im abhängigen Weisungsverhältnis willfährige Instrumente der Klassenherrschaft sind, die ihre eigene Ohnmacht nicht selten kompensieren, indem sie sich umso stärker mit der herrschenden Ordnung identifizieren.

Da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Lehrerschaft mit dem Faschismus offen kollaborierte, fiel es dem Nachkriegs-Kapitalismus in Westdeutschland nicht schwer, die Lehrer für einen aggressiven Antikommunismus und eine arbeiterfeindliche Politik, die den gesamten Unterricht prägten, zu mobilisieren. Progressive schulpolitische Forderungen hatten in der Lehrerschaft kaum eine Basis. Ohne Widerstand gelang darum auch - parallel zur Rekonstruktion des Kapitalismus - der Wiederaufbau des dreigliedrigen Klassenschulsystems in Westdeutschland.

Am Ende der wirtschaftlichen Rekonstruktionsperiode in der Bundesrepublik ist jedoch die reaktionäre bürgerliche Klassenschule, wie sie nach 1945 wieder etabliert wurde, in Widerspruch geraten zur Entwicklung des Produktionsprozesses selbst. Denn die kontinuierliche Entfaltung der Produktivkräfte hat die qualitative Verbesserung der Ausbildung des Arbeitskräftepotentials dringend notwendig gemacht. Es hat sich gezeigt, daß Innovationsprozesse und technischer Fortschritt von einer Aktivierung des Begabungspotentials und einer Verlängerung und Verbesserung der Ausbildungsprozesse abhängen. Verstärkt muß darum die Schule an die Anforderungen der Produktion angepaßt werden, damit gewährleistet ist, daß eine größere Zahl als bislang vor allem technisch und naturwissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte produziert wijrd. Die industrielle Entwicklung des Spätkapitalismus zwingt dazu, eine reaktionäre Schulorganisation zur "differenzierten Leistungsschule" zu verändern und zugleich Methoden und Curriculum auf den neuesten wissenschaftlichen Stand zu heben, um Kenntnisse und Verhaltensstrukturen zu entwickeln, die Produktionsnotwendigkeiten des fortgeschrittenen Kapitalismus entsprechen.

Die Produktion technischer und wissenschaftlicher Arbeiter in großem Umfang erfordert freilich erhebliche Bildungsinvestitionen. Die Erforschung von Lernbedingungen hoher intellektueller Leistungen muß intensiviert werden. Mittel für großzügige wissenschftliche und technische Ausstattung der Ausbildungsinstitutionen müssen bereitgestellt werden. Die Ausbildungszeit muß verlängert werden. Zugleich muß jedoch garantiert werden, daß diese Investitionen, die der langfristigen Stabilisierung des Kapitals dienen, nicht gegen das System selbst ausschlagen. Die Sozialisationsprozesse werden darum dergestalt angelegt, daß sie einen Sozialcharakter formen, der das erworbene Wissen, "flexibles Verhalten", "Disposition für Innovationen", nicht gegen die bestehende Ordnung einsetzt, die Profitinteressen des Kapitals durchschaut und damit die Stabilität des Systems selbst gefährdet. Die technokratischen Bildungsreformen, die jetzt anlaufen, erwecken zwar den Schein der Emanzipation ("Chancengleichheit, höchstmögliche Förderung für jeden, Abschaffung des Bildungsprivilegs"), doch können und wollen sie den Ausschluß der breiten Masse von Bildung und Ausbildung nicht abschaffen. Die technokratisch initiierte Gesamtschule kann den Klassencharakter der heutigen Schule nicht aufheben.

Der Kampf gegen die fortexistierende Klassenschule und die Verweigerung der Produktion von unkritischen, technischen und bürokratischen Spezialisten der mittleren und unteren Ebene dürfte jedoch - nicht zuletzt angesichts der fortbestehenden

Krise im Ausbildungssektor - einen nicht unerheblichen Stellenwert im antikapitalistischen Kampf haben. Voraallem auch, wenn es gelingt, über eine Strategie der Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Schüler, die vom kapitalistischen System dem Lehrer abverlangte Trainertätigkeit zur Herstellung abhängiger und angepaßter Schüler zu unterlaufen.

Momente dieses Schulkampfs mit einer proletarischen Perspektive, der vordringlich in den Grund- und Hauptschulen der Arbeitsrbezirke zu führen ist und dessen organisatorische Voraussetzungen wir noch zu schaffen haben, können schon jetzt genannt werden:

a) Artikulation und Verstärkung von Autoritäts- und Herrschaftskonflikten (in der Schulhierarchie, mit der Staatsbürokratie, zwischen Schülern und Lehrern, Zwischen Schule und Kirche und Organisationen des Bürgertums)

b) Systematische Versuche gegenunterrichtlicher antikapitalistischer Praxis (Aufklärung der Arbeiterkindermassen über ihre gesellschaftliche Lage, Agitation für die Ziele und Interessen der revolutionären Arbeiterklasse, systematische Vermittlung der politischen Kämpfe in die Schule, Entfaltung kreativer Arbeitsmethoden, solidarische Kooperation mit der sozialistischen Schülerbewegung)

c) Kontinuierliche Elternarbeit (Agitation für ein proletarisches Schulprogramm, Eintreten für die sozialen Forderungen der Arbeitereltern - Kindergärten, Schulfürsorge etc.-, Eingehen auf die sozialen Probleme der Arbeitereltern - z.B. Wohn- und Arbeitssituation)

d) Hilfe bei der Organisierung proletarischer Kinder (Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Schule und revolutionären Kinder- und Jugendprojekten - proletarische Kinderclubs, Schülerläden, Jugendzellen, Lehrlingsgruppen)

e) Agitation der Kollegen (Unterstützung bei Konflikten, z.B. Disziplinarverfahren, Eintreten für die systematische Ermöglichung weiterführender wissenschaftlicher Qualifizierung, Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, Kampf gegen bürgerliche Indoktrination, unterrichtliche Hilfe, Kritik des Bildungsnotstandes)

Die ersten Ansätze von Schulkampf haben gezeigt, daß eine antikapitalistische Berufspraxis selbst vereinzelter Lehrer die Schule deutlich politisierte. Schulkampf blieb jedoch in den meisten Fällen auf der Ebene punktueller Auseinandersetzungen. Die Schulbürokratie griff zumeist unverzüglich mit Disziplinarmaßnahmen ein. Hospitanten und Praktikanten wurden beim Entsktehen politischer Konflikte häufig sofort gemaßregelt und nicht selten aus der Schule entfernt. Angesichts der Zerschlagung bereits erster (wenn auch vereinzelter) Ansätze eines sozialistischen Kampfes in der Schule müssen wir uns schon während der Ausbildung kollektiv organisieren, eine antikapitalistische Linie entwickeln und den Widerstand systematisch vorbereiten.

Die Rote Zelle muß zum Organisationsprinzip in der Ausbildung und im Beruf werden. Sie wird eine Reduzierung des Kampfes auf die Hochschule ebenso wie das Verkommen sozialistischer Lehrerbünde zur lobbyistischen Ständeorganisationen verhindern.

Wie der Schulkampf der roten Lehrerstudenten, -dezenten und Lehrerzellen nur in Zusammenarbeit mit den radikalen und sozialistischen Schülergruppen konsequent geführt werden kann, so läßt sich der Kampf an der Schule langfristig und schlagkräftig nur organisieren, wenn der Schulkampf mit der politischen Praxis in anderen Bereichen vermittelt wird. Die A Arbeit mit Projekten proletarischer Schüler- und Kinderarbeit, in Betriebs- und Stadtteilbasisgruppen, mit Arbeiterjugendlichen und Lehrlingen muß das Studium, den hochschulpolitischen Kampf wie die berufliche Praxis der Roten Zelle an der PH und in der Schule begleiten. Unterricht und das Austragen spezifischer Schulkonflikte werden von daher ihre besondere Ausprägung erfahren.

III. Die Aufgaben der Roten Zelle (ROTZEPH) verfolgen!

1. Die Rote Zelle PH organisiert die sozialistischen Lehrerstudenten und -dozenten mit dem Ziel, eine antikapitalistische Linie für den Schulkampf in der bürgerlichen Schule zu entwickeln. Sie schafft die Voraussetzungen für die Ausbildung der Genossen zu kämpferischen

Agenten des Proletariats, die ihren Kampf für eine revolutionäre Erziehung und Ausbildung in Zusammenarbeit mit den anderen Roten Zellen und Sektionen innerhalb und außerhalb der Schule führen.

2. Voraussetzung für eine konsequente revolutionäre Praxis und für die Überwindung der individualistischen und opportunistischen Werkelei ist die theoretische Schulung der Genossen. Die Rote Zelle organisiert darum eine marxistische Grundschulung in politischer Ökonomie, Grundkurse in revolutionärer Erziehung und eine psychoanalytische Grundausbildung.

3. Die Rote Zelle verpflichtet ihre Mitglieder zu einem kollektiven Studium, um eine effektive und ökonomische Vorbereitung auf eine antikapitalistische Schulpraxis zu garantieren und um gleichzeitig den Anforderungen der bisherigen Ausbildung zu begegnen. Sie organisiert darüberhinaus kollektive Studiengruppen, um konsequent und fundiert den Kampf gegen bürgerliche Pädagogik und Schule führen zu können (Studium der Gegner).

4. Die Rote Zelle hat schließlich die Aufgabe der Agitation und Propaganda im Bereich der Hochschule und Schule. Sie unterstützt Lehrer- und Schülergenossen in ihren Auseinandersetzungen, sie organisiert eigene proletarische Kinder- und Jugendprojekte und beteiligt sich an den Aktionen der sozialistischen Bewegung.

IV. Die Arbeit verbindlich organisieren

Mitglied der Roten Zelle ist, wer an einem Grundschulungskurs teilnimmt, in einem Studienkollektiv arbeitet und am Plenum und der politischen Praxis der Roten Zelle sich beteiligt.

Über die Aufnahme entscheidet das Plenum, auf Vorschlag eines Ausschusses. Mitglieder der ROTZEPH leisten einen Monatsbeitrag von mindestens DM 2.-. Die Mitglieder abonnieren die RPK, die Zelle eine ausreichende Anzahl SDS-Infos.

Plenum: Das Plenum ist das oberste Beschlußorgan der Roten Zelle. Es kontrolliert und beschließt über die politische Arbeit. Es diskutiert und beschließt über die Ausschußberichte. Das Plenum tag alle 14 Tage. Abstimmungsberechtigt sind die Mitglieder der ROTZEPH. Die Beschlüsse des Plenums sind verbindlich.

Ausschüsse: Es werden vier Ausschüsse gebildet. Die Ausschüsse tagen wöchentlich.

1. Ausschuß für Grundschulung
   - Politisch-ökonomische Grundschulung
   - Grundschulung in proletarischer Erziehung
   - Psychoanalytische Grundausbildung
2. Ausschuß für kollektives Studium
   - Gegenunterrichtliche Modelle
   - Kollektivdidaktika
   - Wahlfachspezifische Studienkollektive
   - Gegnerstudium
3. Ausschuß für Agitation in Hochschule und Schule
   - Kampagnen
   - Studentenvertretung
   - Zusammenarbeit mit Schüler- und Lehrergenossen
   - Zusamenarbeit mit Roten Zellen
4. Projektausschuß
   - Projekte revolutionärer Kinder- und Jugendarbeit

Anhang

Materialien zum Hochschulseminar am 29./30. November in Frankfurt

Klassenkampf und Intelligenz

Es wird bestritten, die Studentenbewegung könne, als kleinbürgerliche Revolte, abgesehen von jenen Individuen, die über den Schatten ihres Klassencharakters springen, bei der Reorganisation der politischen Klassenfronten des Proletariats nützlich werden. Tatsächlich hat die westdeutsche Studentenbewegung samt ihrer revolutionär-sozialistischen Avantgarde keine Kraft gehabt, in den Vorhutgefechten der westdeutschen Arbeiterklasse (Septemberstreiks) agitatorisch-propagandistisch oder auch - zunächst jedenfalls - praktisch-technisch hilfreich zu sein.

Es ist richtig, vor dem falschen Wiedererkennen zu warnen, vor der Annahme eines Zusammenhanges zwischen Streikbewegung und Studentenrevolte, analog zum französischen Mai 68. Aus solchem falschen Wiedererkennen entsteht eine Art euphorischer Solidarisierung, der die Arbeiter mit demselben Mißtrauen begegnen wie den Usurpationsversuchen anderer "Politiker" - Gewerkschafts- und Parteibürokraten. (Daß die Arbeiter diese Art von Solidarisierung von praktischer Solidarität zu unterscheiden wissen, daß sie geleistete Hilfestellung mit der Bereitschaft zu solidarischer Unterstützung beantworten, haben die Kieler Vorfälle gezeigt).

Es ist falsch, aus der faktischen Verbindungslosigkeit zwischen Septemberstreiks und Hochschulrevolte zu folgern, daß hier die objektive historische Tendenz ein Machtwort gesprochen habe, den "kleinbürgerlichen" Rebellencharakter in seine Schranken verwiesen habe. Es ist falsch, die Diskussion über die westdeutsche Streikbewegung von der Hochschule fernzuhalten, die Analyse ihrer Tendenz n i c h t in die universitäre Agitation und Propaganda einzubeziehen. Oder hält man die Studenten, die sich an den Hochschulstreiks beteiligten (und dies mit einem wachen Bewußtsein für die Unterschiede von Hochschul- und Produktionsstreiks) für so unpolitisch, blind, an ihre "unmittelbaren" Interessen fixiert, daß es ihnen nicht in den Sinn käme, erfahren zu wollen, ob und was aus den Septembers treiks für die eigene Praxis zu lernen sei? Ist es nicht ein Faktum, daß die politische Artikulation der Studentenbewegung vom Emanzipationskampf des Proletariats Anstöße empfangen hat? Solange das westdeutsche Proletariat schwieg, kamen diese Anstöße aus den Theorien und Strategien einer vorausgegangenen Epoche des Klassenkampfes sowie aus dem Fundus der gleichzeitigen internationalen Klassenkämpfe. Sollte, da nun das westdeutsche Proletariat angefangen hat zu sprechen, diese Lernbereitschaft verschwunden sein?

Die Belehrung m u ß geschehen. Wie hat sie auszusehen? Es heben sich hier zwei Standpunkte gegeneinander ab:

1. Die Studenten sind darüber aufzuklären, bzw. Agit-Prop und Praxis des Hochschulkampfes haben ihnen zu verstehen zu geben, daß ihre Erhebung, als kleinbürgerliche Revolte, radikalreformistisch und radikaldemokratisch geprägt ist; daß die Studentenrevolte, im Gegensatz zu den revolutionär-sozialistischen Selbsterziehungsversuchen ihrer Geschichte, sich auf diesen Charakter einzustellen hat; daß sie so, zum geeigneten Zeitpunkt, als Verbündete des Proletariats nützlich sein wird; daß sie aber - von herausgesprengtem Individuen abgesehen - keine Initiative bei der Rekonstitution der politischen Klassenfront des Proletariats ergreifen kann.
2. Die Studenten sind darüber aufzuklären, daß ihre Revolte kleinbürgerlich-revolutionäre Züge aufweist, daß da-

mit die Gefahr gegeben ist, daß sie der totalen Instrumentalisierung durch das Kapital in die Hände arbeitet, bzw. den Agenturen des Kapitals die Kastanien aus dem Feuer holt; daß diese Züge radikalreformistischer Praxis kritisiert und korrigiert werden müssen; daß radikalreformistische Praktiker alles andere sind als potentielle Verbündete des Proletariats, eher potentielle Verräter; daß die großen Schwierigkeiten der tief und falsch individualistischen Studenten, im Klassenkampf die Partei des Proletariats zu ergreifen, nur überwunden werden können, wenn sie an den Diskussionen über sozialistisch-revolutionäre Strategie teilnehmen und die Ergebnisse dieser Diskussion auf den Hochschul- und Berufskampf anwenden; daß die Studentenbewegung, wenn sie nicht hier und jetzt daran geht, Partei für den beginnenden Klassenkampf des Proletariats zu ergreifen, nie zur Verbündeten des Proletariats werden kann; daß die Erziehung der Studenten zur Parteilichkeit und Solidarität mit dem Proletariat es für sie notwendig macht, Initiativen bei der Rekonstitution der Arbeiterbewegung zu ergreifen.

Die Standpunkte stimmen überein in der Einschätzung der Intellektuellen-Bewegung als einer potentiellen Verbündeten des Proletariats. Sie unterscheiden sich in der Frage der revolutionären Initiative in der Frage, wie die Intellektuellen-Bewegung so zu erziehen ist, daß sie tatsächlich zur Verbündeten und nicht zur blinden Hilfskraft wird. Um zwischen den Standpunkten entscheiden zu können, ist die Frage der revolutionären Initiative der Klassen in der Geschichte allgemeiner zu behandeln. Schon hier ist allerdings absehbar, daß mit der Septemb er-Streikbewegung falsche Elemente bisheriger Initiativstrategien kritisierbar und korrigierbar geworden sind.

Falsche Initiativen der Studentenrevolte

Die September-Streikbewegung hat klüngelhaften, bewußtlosen Fraktionierungsprozessen innerhalb der Studentenbewegung ein Bewußtsein und eine Richtung verschafft. Diese Richtung ist in der Frage nach den Aufgaben und Möglichkeiten von parteilichen Intellektuellen im Klassenkampf angedeutet. Die Diskussion dieser Frage konnte der Studentenbewegung, bzw. zunächst ihrer Avantgarde bewußt machen, wie falsch es war, Bündnisinitiative an das Proletariat heranzutragen. Als sei die Studentenbewegung der "Focus", ein Lager oder gar eine Klasse, als kämpfe sie im Feld der höchsten Zuspitzung der Widersprüche, als könne sie, zum Sturz gemeinsamer Feinde, zur Erkämpfung gemeinsamer Ziele, Bündnisinitiativen an andere Klassen herantragen. Diese Haltung war aber aus einem besonderen Grund bis zu den Septemberstreiks (und ihren Ernüchterungen) unvermeidlich. Wohl konnte sie immer schon kritisiert werden durch die Beobachtung der französischen und italienischen Klassenkämpfe und durch den Rückgriff auf die alte Arbeiterbewegung, aber diese Kritik konnte für die westdeutsche Studentenbewegung erst praktisch werden seit dem Übergreifen der offenen Klassenkämpfe.

Warum war diese Haltung - mit dieser Einschränkung - unvermeidlich? Man verkennt die Studentenbewegung ganz und gar, wenn man sie allein als Hochschulrevolte betrachtet. Sie war zu Beginn wesentlich eine antiimperialistische Kampagne. Wie immer moralisch die Ausgangslage der durch die Vietnam-Kampagnen Mobilisierten gewesen sein mag, es ist durch die analytische und agitatorische Arbeit nicht bei diesem falschen Bewußtsein geblieben. Die Studenten entlarvten die Lügenhaftigkeit des entwicklungshelferischen, reformistischen Engagements für die hungernden Brüder und Schwestern in der Dritten Welt. Sie entlarvten die Manipulierbarkeit des bloß moralisch-pazifistischen Entsetzens über den Vietnam-Krieg und den Hunger (erinnert sei an das klägliche Scheitern der von Liberalen, Frommen und Reaktionären lancierten Biafra-Kampagne). Sie entlarvten die Fortsetzung des bloß moralischen Engagements in der verbalen Solidarisierung mit den Vietkong. Sie erkannten, daß praktische Solidarität mehr sein muß als Spendenaktion, militante propagandistische Unterstützung und Desertionskampagnen, daß sie heißen muß: in den spätkapitalistischen Metropolen selbst mit dem Kampf gegen den Imperialismus beginnen; den Kapitalismus stürzen, die sozialistische Revolution in den Metropolen!

H i e r ist die Initiativstrategie zur Rekonstitution der politischen Klassenfront des Proletariats entstanden.
H i e r, nicht in der elenden Wissenschaft, ist die Strategie entstanden, den Agenturen des Kapitals die wissenschaftlichen universitären Hilfsmittel und Hilfstruppen zu entziehen.

Das waren die praktisch-strategischen Erfahrungen der Studenten in den Anti-Imperialismus-Kampagnen. Zugleich gab es theoretische Erfahrungen.

Die Beobachtung des internationalen Klassenkampfes weckte die Bereitschaft, die nationale Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen zu sehen: Faschismus wurde zum ersten Mal als Form des Imperialismus begriffen, die sogenannte autoritäre Tendenz als notwendig kapitalistische Tendenz. Zugleich entwickelten sich Ansätze zu einem antirevisionistischn Bewußtsein: Einsicht in den Verrat am proletarischen Internationalismus durch die revisionistische Führung der UdSSR (Beobachtung der konterrevolutionären Politik der UdSSR in Persien, Lateinamerika, Indonesien), Eröffnung einer nicht-antikommunistischen DDR-Kritik. Ansätze auch zur Einsicht in die Gründe der Apathie der Arbeiterklasse in Deutschland: daß das deutsche Proletariat eine Klassenniederlage (im Faschismus)zu bewältigen hat; erste Ansätze zu begreifen, was diese Klassenniederlage verursachte: Zersetzung der internationalen Organisationsform des Proletariats.

Die Isolation der Studentenbewegung in der antiimperialistischen Kampagnenphase mußte zur falschen strategischen Verarbeitung richtiger Erkenntnisse führen. Vor allem wurde gerade der internationale Klassenkampf falsch rezipiert. Die Studenten waren noch nicht in der Lage, die Tatsache, daß sozialistische Revolutionen in Vietnam, China, Lateinamerika von Bauernmassen getragen werden, historisch-materialistisch zu erklären (Folge der Verhaftung an den "Seminar-Marxismus"). Sie beantworteten diese Frage auf eigene Faust: sie gingen aus vom Gegensatz von Arm und Reich und bildeten eine Theorie der revoltierenden R a n d g r u p p e n. Das theoretische Material, das ihnen zuwuchs, wurde eklektizistisch zur Rationalisierung der eigenen isolierten Praxis verwendet. So konnten sie sich als Randgruppe selbst als "Teil" des revolutionären Subjekts setzen, Bündnisinitiativen aussenden und in der Entwicklung solcher Bündnisse auf die Entstehung des revolutionären Subjekts hoffen.

Rote Türme, Gefängnis- und Heimagitation sind die besten Beispiele für die Arbeit unter dem Einfluß der Randgruppen-Theorie. Umso weniger sich diese je zu einer Doktrin entwickelten - von der Marcuse-Rezeption abgesehen - , umso allgegenwärtiger war sie in den verschiedenen Mobilisierungs-Strategien. Sie prägte sich in der Lehrlingsarbeit aus, meinte, dort wie überall komme es auf die Artikulierung der unmittelbaren Bedürfnisse an, und mit dem Kampf für die Durchsetzung dieser Bedürfnisse sei der revolutionäre Weg schon beschritten.

Die Randgruppen-Ideologie erscheint teilweise auch inder Betriebs- und Stadtteilbasisgruppen-Bewegung: In ihren strategielosen ersten Kontakten, in der zufälligen Bekanntschaften folgenden Einrichtung solcher Basisgruppen (in Berlin wurden gerade die größten Betriebe ausgelassen!). Es zeigt sich darin, wie sehr die Studenten - ungeachtet der prinzipiellen Einsicht in den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital - das Proletariat als Randgruppe, wenn auch als besonders große, betrachteten, sich ihm "von den Rändern her" näherten, die Bündnisinitiative (von Randgruppe zu Randgruppe) an es herantrugen. Darum enthielten Agitation und Propaganda falsche Elemente: die Studenten fühlten sich berufen, den Arbeitern zu sagen, daß sie unterdrückt seien und ein elendes Leben führten. Da sie aber keinen Weg zeigen konnten, diese Lage zu verändern - statt Beispielen vergangener und gegenwärtiger Klassenkämpfe boten sie "Sozialutopien" an -, begegnete ihnen die Arbeiterklasse mit Interesselosigkeit, Mißtrauen und Haß.

Die Streikbewegung des September hat diese Art der Initiativstrategie praktisch kritisiert. Der Typus der studentischen Agitation als Aufklärung über"wahre Bedürfnisse", vollends der Anspruch, als Student Statthalter proletarischer Interessen und Organisator der proletarischen Partei zu sein, ist nicht länger möglich. Es wird sehr viel Arbeit kosten, diese Züge aus der Agitation und Propaganda zu eliminieren. Dabei ist es notwendig einzusehen, daß d i e s e Art der Initiativstrategie falsch und eine historische Ironie erster Ordnung war, aber nicht Ausdruck der klassenmäßig bedingten subjektiven Borniertheit der politischen Studenten, sondern Ausdruck der objektiven Isoliertheit in ihrem antiimperialistischen Kampf: Ausdruck also auch der Klassenbewußtlosigkeit des Proletariats in der postfaschistischen Lähmungsphase des Klassenkampfes.

Durch einfaches Auf-den-Kopf-Stellen der Bündnishaltung der Intellektuellen gegenüber dem Proletariat wird nichts besser.

Die historische Notwendigkeit der falschen Bündnishaltung nicht einsehen, diese Haltung bloß dem Klassencharakter der Intelligenz zuschreiben, die Furcht vor überheblicher Haltung durch eine unterwürfige Haltung ausdrücken, zehn Mal wiederholen "dem Volke dienen" ohne zu sagen wie, das ist ein bloßer Reflex auf die falsche Initiativstrategie.

Die Bedingung für die Möglichkeit einer Korrektur liegt genau dort, wo die Bedingungen für die Möglichkeit einer antiimperialistischen Kampagne, getragen von Studenten, lag.

Was hat eine seit 130 Jahren karrieristische, korrupte, allenfalls für imperialistische Ziele zu begeisternde Gruppierung der deutscher Bourgeoisie, die Studenten, dazu gebracht, sich mit den Befreiungskämpfen der Öpfernationen des Imperialismus zu identifizieren? Die Theoretiker der Studentenrevolte (die zugleich ihre Sprecher und Organisatoren waren) haben die Bedingungen für diese Parteiergreifung historisch-materialistisch analysiert. Die Ergebnisse sind bekannt, sie lassen sich kurz zusammenfassen:

Die besonderen Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, entstanden am Ende der Rekonstruktionsperiode des westdeutschen Kapitalismus, forderten eine Rationalisierung der Ausbildungsinstitutionen, forderten intensive statt extensive Ausbeutung der Arbeitskraft, forderten Planifikation der Arbeitskräfteentwicklung. So wurde publizistisch der „Bildungsnotstand" ausgerufen. Die Studenten formierten sich zu braven Demonstrationen. Sie machten sich die Imperative des Kapitals (das sich als die Gesellschaft, die Bevölkerung, die Zukunft Deutschlands kostümierte) willig zu eigen - solange das Mittel der Durchsetzung dieser Imperative noch nicht bekannt war. Als sie merkten, daß sie "klare Studienplanung" gegen erhöhten Leistungsdruck, "kurze Ausbildungszeit" gegen rigorose Selektierung eintauschen würden, daß nicht im geringsten daran gedacht war, ihre überkommenen Privilegien den modernen Konsumansprüchen (Frühehe, Studienhonorar) anzupassen, gerieten sie in große Verwirrung und Aufregung. Sie waren hin- und hergerissen zwischen dem privilegienfeindlichen Argument der Planifikation und dem privilegienfreundlichen der Vertreter universitärer Autonomie. Die Studenten "spürten", daß an der rigiden Funktionalisierung der Hochschule etwas faul war, ebenso spürten sie die Ohnmacht und Überholtheit der autonomen Universität. Sie wären trotz aller Aufregung ein Objekt im Macht- und Interessenkampf zwischen professoralem autonomen Privilegienklüngel und kapitalbeauftragter Planifikation geblieben, hätte nicht die Ausbreitung antikapitalistischen Bewußtseins durch den von Sozialisten propagierten Antiimperialismus ihrer Kampagne Orientierung und Organisierung ermöglicht.

Die Universität alten Typus' - entstanden aus dem feudal-bürgerlichen Klassenkompromiß - stattete die Studenten (als spätere Beamte und freiberufliche Advokaten und Ärzte) mit der Klassenideologie der Klassenharmonie aus. Bis 1914 war diese Ideologie militant antiproletarisch: parteilich für den bürgerlich-feudalen Staat. In der Weimarer Republik war sie "völkisch", volksgemeinschaftlich, d.h. militant antiproletarisch ohne bourgeois-feudalen Standesdünkel (Werkstudenten, Hochschulringe). Nach 1945 war sie sozialstaatlich, d.h. konnte sie es sich unter der Bedingung des Antikommunismus (Externalisierung des Klassenkampfes) nicht mehr leisten, militant antiproletarisch zu sein. Die Studenten begriffen sich unpolitisch als Praktiker von Konfliktregelung und Organisatoren von Interessenkompromissen in einer klassenkampflosen Gesellschaft - Richter, Ärzte, Lehrer, Pfaffen, Wirtschaftler.

Mit dem Schwund der Anforderung militant antiproletarischen Engagements versiegte der Strom der Privilegiengewährung. Die klassischen Freiberufe nahmen relativ ab. Ärzte wurden jahrelang als Medizinalassistenten versklavt, Juristen lernten das Schlangestehen.

Mit der Übertragung immer wichtigerer Kapitalfunktionen auf den Staat wurden die klassischen Beamtenberufe angegriffen, die Versorgung von der Wiege bis zur Bahre hatte abgewirtschaftet - Lehrer fanden keine Anstellung, Soziologen und Psychologen richteten sich auf den Bezug von Arbeitslosenunterstützung ein. In dieser Situation mußten die Studenten wohl oder übel ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, d.h. sie mußten politisch werden. Das hätte traditionell bedeutet, sich einer bestehenden politischen Macht anzuschließen. Diese Macht gab es nicht. Sämtliche Parteien und Interessenverbände waren sich über die Planifikation der Hochschule einig. So blieb den Studenten nichts als die Entwicklung ihres Positionsvorteils: ihre massenhafte Konzentration an der Universität als politischen Machtfaktor zu organisieren. Die

ideologischen Blockaden gegen diese Politisierung, gegen Selbstorganisation, Vermassung des Widerstandes, Gewalt, wurden durch die antiimperialistischen Kampagnen und die Agitation der sozialistischen Studenten beseitigt. Sie ermöglichten eine eigene Politik gegen die privilegienfreundlichen Vertreter der Hochschulautonomie und gegen die privilegienfeindlichen Planifikateure. Die Ideologie dieser Politik war die der Bündnisse von Randgruppen. Mit dem antikapitalistischen Bewußtsein erwachte das Interesse für Kampfformen der Arbeiterbewegung (Rätestrukturen, Streik). Wie immer mißverständlich übernommen, sie erwiesen sich als effektiv zur Abwehr der ersten Zugriffe der Kapitalagenten auf die Universität.

Die labile politische Kräftekonstellation der Studentenbewegung bleibt aber bestehen. Die mit einem erstarkten Proletariat unverbündete, von ihm (durch den zuständigen Reisekader) auf getrennter Marschlinie gehaltene Studentenbewegung ist ungeheuer verletzlich. Diese Verletzlichkeit zeigt sich jetzt schon in der Überidentifikation mit Organisationsformen des revolutionären Sozialismus. In dieser Überidentifikation, die die politische Macht des Proletariats des Weltkommunismus bloß mit Worten beschwört, steckt die Gefahr des Rückfalls. Eine geschickte BefriedungspOlitik könnte der Studentenbewegung die Flausen leicht austreiben.

Die meisten Elemente des politischen Bewußtseins der Studentenbewegung ließen sich für die Agenturen des Kapitals zurückerobern: der Ekel vor der Aussicht auf eine elende Berufsperspektive, der Bruch mit der faschistischen Tradition des deutschen Bürgertums - all das könnten die Studenten, unorganisiert von der Uni in die Berufe verfrachtet, durch die Entwicklung des gehörigen Angestellten-Zynismus revidieren: so wie sie auch - bestärkt durch die Fehler der sozialistischen Propagandisten - die antiimperialistische Phase ihrer Erhebung vor lauter Hochschulpolitik wieder vergaßen. Die Befriedungspolitik bedürfte nur einer Restriktion der Studentenbewegung auf individuell-emanzipative, kritisch-reformistische Interessenverbandspolitik.

Alsdann wäre mit den Studenten wieder zu reden. Alsdann ließe sich über die Rote Fahne wieder lachen, alsdann gäbe es Gewerkschaftsfunktionäre mit "harten" Forderungen, alsdann ließe sich mit diesen Funktionären wieder mauscheln. Damit hätten die ML die "Verbündeten des Proletariats" gezüchtet, beraten durch die umfassende, fundierte Klassenanalyse ihre s theoretischen Organs "Rebell": ein von unmittelbar studentischen Interessen - die gar nicht gewerkschaftlich organisierbar sind, weil sie Privilegien-, nicht Lohnstruktur aufweisen und weil sie statt des Pressionsmittels der Produktionsstreiks nur über das Instrumentarium der antiautoritären Aktion verfügen - ein von solchen Interessen verblendeter radikalreformistischer, von eingeschlichenen Liberalen leicht auf einen opportunistischen Kurs zu bringender Haufen, wäre tatsächlich unfähig, der proletarischen Bewegung auch nur den geringsten Zubringerdienst zu leisten.

Einige Elemente des politischen Bewußtseins der Studenten können bei richtiger Schulung, Agitation und Propaganda, bei richtiger Führung des universitären Kampfes nicht zurückerobert werden. Das ist die Erfahrung der im Hochschulkampf geweckten, durch die Beobachtung der Klassenkämpfe belehrten wissenschaftlichen und organisatorischen Produktivkraft der Intelligenz, die Erfahrung von der Fesselung dieser Produktivkraft an die Kapitalvernichtung im Spätkapitalismus. Dies bedarf einer abschließenden These.

Ehemals war das Kapitalverhältnis die Triebkraft zur Entfesselung zur arbeitsteilig-kooperativen, industriellen Produktionsweise. Das Kapital war organisatorische "Autorität" und Intelligenz. Noch in der Phase des Konkurrenzkapitalismus erbrachte die Bourgeoisie die organisatorische, die technisch-wissenschaftliche und die erzieherische Intelligenzleistung (als Kapitalist, Forscher und Lehrer) spontan und autonom - soweit der Klassenkompromiß mit dem Feudalismus dies zuließ. Mit der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, mit der Konzentration und den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten mußte die organisatorische Leistung zur Aufrechterhaltung der Produktion und Verteilung selbst arbeitsteilig-kooperativ organisiert werden. Nach dem Modell der Austauschsphäre (Handelskontor) und dem Modell der staatlichen Bürokratie entstanden die Angestelltenheere: z.T. lohnabhängige, aber unproduktiv arbeitende Agenten, kommandiert von den am Profit unmittelbar beteiligten höheren administrativen und politischen Chargen des Kapitals. Dieser Prozeß greift heute über auf die restlichen spontan-schöpferischen Leistungen der Aneigner-Klas-

— ① Aufhebung ihres kleinbürgerlichen Sozialisationscharakters
② Strategiebildungsbeteiligung der Arbeiterklasse

se. Damit werden die immer schon produktiven, aber vom Wertgesetz nicht erfaßten Formen zusammengesetzter Arbeit (naturwissenschaftliche Forschung - Technologie) in "niedere" arbeitsteilig-kooperative Tätigkeiten verwandelt. Ebenso werden spontan reproduktive Leistungen (Medizin und Erziehung sind Leistungen zur Reproduktion der Arbeitskraft-Ware) arbeitsteilig-kooperativ organisiert.

Dieser Prozeß der Entfesselung von Produtivkräften aber stürzt den Kapitalismus in neue und verschärfte Verwertungsschwierigkeiten. Er darf darum nicht zur Produktion von Reichtum, von Produktionsmitteln für gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigende Güter und Leistungen führen, er muß, der Kapitalvernichtung dienstbar gemacht, selbst zur Destruktion von Reichtum und lebendiger Arbeit werden. Statt Produzentenbewußtsein entwickelt sich Angestelltenbewußtsein. Im Angestelltenverhältnis mit seiner Privilegien- und Gehaltsstaffelung wird die Intelligenz diszipliniert und für die Kapitalvernichtung eingespannt.

So verfehlt es gewesen wäre, im Konkurrenzkapitalismus von den privilegierten Trägern autonomer Forschungsleistung und Ausbildungsarbeit etwas anderes als allenfalls utopisch-sozialistisches Bewußtsein zu erwarten, so unsinnig wäre es, die nichtproletarische, arbeitsteilig-kooperativ organisierte, von der unmittelbaren Profitverteilung ausgeschlossene Intelligenz aus der proletarisch-revolutionären Propaganda auszuschließen.

Die ML erheben, in einer Phase fortschreitender Emanzipation des Kapitalismus von der Kleinproduktion, den Begriff "kleinbürgerlich" zum zentralen klassenanalytischen Begriff. Gefesselt an das Dogma vom kleinbürgerlichen Klassencharakter der Intelligenz blockieren sie sich den Zugang zur Theorie und praktischen Strategiebestimmung der gefesselten wissenschaftlichen Produktivkraft. Wir wenden uns mit unserer Agitation und Propaganda an die Produzenten des materiellen Reichtums. Die Arbeiterklasse wird durch die Ausbildung ihrer Intelligenz, durch die Entfesselung ihrer organisatorischen Produktivkraft die Wissenschaft, die gefesselte Produktivkraft der vom Kapital angestellten Intelligenz emanzipieren, d.h. sich aneignen.

Darum müssen die von der Anstellung durch das Kapital bedrohten Studenten sich in der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus schulen, gemeinsam mit der Arbeiterklasse ihren kleinbürgerlichen Sozialisationscharakter aufheben und sich an der Strategiebildung der Arbeiterklasse beteiligen. Dieser Prozeß der Beteiligung ist zu organisieren!

1. Wir müssen Schulung organisieren, die das Ziel hat, die Genossen zur Teilnahme an Strategiediskussionen zu befähigen. Diese Schulung ist Voraussetzung für die Erarbeitung nichtreformistischer Perspektiven im Hochschulkampf. Politökonomische und klassenanalytische Schulung in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Kampforganisationen ist Voraussetzung für die Mitarbeit der Genossen in Betriebs- und Lehrlingsgruppen.

2. Wir kämpfen gegen die Funktionalisierung der Universitäten, Fachschulen und Schulen durch die Agenturen des Kapitals. Das bedeutet für die Universität: Entlarvung der Pazifizierungsstrategien des Kapitals und der diesen Pazifizierungsversuchen in die Hände arbeitenden gewerkschaftlichen Linie. Dieser Kampf kann nicht auf die Verhinderung von Gesetzen oder die vollständige Verhinderung ihrer Exekution zielen. Er kann also nicht die volle Härte des Widerspruchs zwischen Fachstudium, von dem Stipendien und Qualifikationsnachweis abhängen, und revolutionärer politischer Arbeit aufheben, aber er kann durch militantes Vorgehen, durch Massenmobilisierung im geeigneten Moment sowie durch Unterlaufungstaktiken die Genossen für historisch-materialistisches Studium und organisatorische Tätigkeit freisetzen. Historisch-materialistisches Studium ist Schulung, wissenschaftlich-sozialistische Arbeit für Betriebsgruppen und praktisch-organisatorische Tätigkeit. Fachspezifische Arbeit beginnt erst wieder mit Diskussion revolutionärer Berufsperspektive. Um diese von den Resten der Randgruppenideologie - der sozialrevolutionären Arbeit in allen Bereichen der Gesellschaft - zu befreien, muß ihr lebendiger Kontakt zur Strategiebildung des klassenbewußt werdenden Proletariats organisiert werden. Dies bedeutet analytische, agitatorisch-propagandistische, schulende und praktisch technische Tätigkeit der Genossen für Arbeitergruppen. Nur die Erfahrung in dieser Tätigkeit kann die Diskussion und Organisation parteilicher Berufspraxis für kommunistische Intellektuelle anleiten.

DER AUFBAU EINER STUDENTENGEWERKSCHAFT IST DIE FORTSETZUNG DER FALSCHEN STUDENTISCHEN POLITIK MIT NEUEM NAMEN

Angesichts der staatlich verfügten Zerschlagung der verfassten Studentenschaft, deren Organe nach parlamentarischem Muster Studentenparlament und ASTA sind, ist verschiedentlich vorgeschlagen worden, eine rätеartig strukturierte Studentengewerkschaft aufzubauen, die die Interessenvertretung der Studenten wahrzunehmen hat. Am ausführlichsten hat diesen Vorschlag bisher das "Marxistisch-leninistische Studentenkollektiv WISO"/Berlin vorgeschlagen (RPK 32), das die"Grundzüge und Aufgabenbereiche der aufzubauenden Studentengewerkschaft" folgendermaßen zusammenfaßt:

> "Mitglied kann nur werden, wer bereit ist, sich in die Tradition der Studentenrevolte zu stellen und in Höhe des bisherigen ASTA-Beitrages materielle Unterstützung leistet. Das oberste Entscheidungsgremium ist die Mitgliederversammlung, die einen Exekutivausschuss wählt, dessen Beschlüsse sie jederzeit aufheben kann. Sie gibt eine Zeitung heraus, in der neben der Politik der Mehrheit der Mitglieder der ideologische Kampf zwischen den einzelnen Fraktionen ausgetragen werden kann. Als Interessenvertretung der Studenten setzt sie sich insbesondere für die Verbesserung der materiellen und sozialen Lage der Studenten ein. Sie fördert kollektive Prüfungsvorbereitungen und führt die Studenten kritisch in die sie erwartende Berufspraxis ein. Sie führt zentrale Kampagnen (Prüfungskampagnen, Hochschulgesetzkampagnen etc.), koordiniert die bereits bestehenden Arbeitsgruppen, die den offiziellen Wissenschaftsbetrieb kritisieren und baut eigene auf. Sie richtet Arbeitskreise ein, die es den Studenten ermöglichen, die Klassenstruktur der Gesellschaft zu erkennen und langfristig in Verbindung mit ausseruniversitären Gruppen aktive Helfer für die Sache der Arbeiterklasse zu gewinnen." (RPK 32, S.13)

Wenn im folgenden dieser Vorschlag kritisiert wird, so nicht als ein papiernes Konzept für eine künftige Organisation, sondern als eine bereits im Aufbau befindlichen Praxis. In Tübingen hat eine Gruppe von Genossen begonnen, Teile des Berliner Konzepts zu verwirklichen, noch ehe überhaupt die Grundlagen für solche Praxis von der Gesamtheit der politisch arbeitenden Genossen in öffentlicher Auseinandersetzung geprüft werden konnten. Die Herausgabe des 'Roten Pfeils', dessen Hauptartikel ausschließlich anhand der heute unbefriedigten studentischen Standesinteressen agitiert und der daher die Leser zum Eintritt in studentische Arbeitsgruppen auffordert (unter dem Motto: 'Solidarität an der Basis nutzt etwas!'), von denen nichts weiter ausgesagt wird, als daß "wir dann konkret bestimmen, was wir zu tun haben", ebenso die Gründung von 'Anfängerbasisgruppen' und überhaupt die geforderte Konzentration der Agitation auf die Studentenanfänger, die dann zum Alibi für die Vermeidung von politischen, d.h. klassenanalytischen Aufklärungsformen wird, schließlich nicht zuletzt taktische Vorschläge wie derjenige, BUPräs. Heinemann im Namen der Studentenschaft Tübingen um eine Amnestie zu bitten, - dies alles läßt sich nur damit erklären, daß die Genossen bereits im Begriff sind, eine Studentengewerkschaft nach dem Berliner Vorschlag aufzubauen, die sich auf die bisherigen fachspezifischen Basisgruppen gründet. Die Kritik an diesem Konzept wird demnach in der praktischen Auseinandersetzung mit den in Tübingen entfalteten Aktivitäten in nächster Zeit relevant werden.

Die Notwendigkeit einer neuen Organisationsform besteht nicht darin - wie allgemein behauptet wurde - daß die staatliche Auflösung der "bisherigen studentischen Massenorganisation" (so die Berliner ML-Genossen, die damit die verfaßte Studentenschaft als Interessenvertretungsorgan innerhalb der 'pluralistischen Gesellschaft' meinen) direkt bevorsteht, sondern darin, daß die tatsächliche Organisation der Studentenbewegung, nämlich die dezentralisierten studentischen Arbeitsgruppen (fachspezifisch: 'Basisgruppen', daraus hervorgegangen: 'Projektgruppen') den strategischen Aufgaben sozialistischer Studenten nicht mehr gewachsen sind. Nicht

die gesamtstudentische Organisation (vertreten formal durch den ASTA), deren Aufgabe es war, die materiellen und sozialen Belange der Studenten zu artikulieren, soll per Gesetz zerschlagen werden, sondern die politische Organisation der sozialistischen Studenten, die sich den ASTA lediglich zum Instrument gemacht hat. Daher ja gerade der Aufschub in diesem Semester, weil es noch nicht gelungen ist, eine systemimmanente Form der Vertretung der studentischen Belange zu finden! - Die Technokraten in Stuttgart warten nur darauf, daß sich eine Studentengewerkschaft bildet, sie werden ihr gewiß einige Unterstützung zukommen lassen, gleichgültig, ob der HTS, die HSU oder einige Linke als Initiatoren und zukünftige Funktionäre auftreten, d.h. die Hoffnung der Berliner ML-Genossen auf "Staatsmittel, Räume, Telefone, etc." ist nicht unberechtigt.

Zu untersuchen ist also hier der Charakter der bisherigen Organisation in Basisgruppen, die politischen Inhalte und Ausdrucksformen, sowie die strategischen Aufgaben sozialistischer Studenten, die sich heute abzeichnen. Diese Untersuchung wird zeigen, weshalb die bisherigen Formen den politischen Aufgaben nicht mehr gewachsen sind und wie sie verändert werden müssen. Daran wird das Konzept einer Studentengewerkschaft zu messen sein.

Charakteristika der Organisationsform in 'Basisgruppen'

Die Studentenrevolte hat ihre politische Kraft - wie oben bereits dargestellt - nicht aus der elenden bürgerlichen Wissenschaft gewonnen, sondern aus der Identifikation mit der vietnamesischen Revolution, jenem weltgeschichtlichen Ereignis, das die Notwendigkeit des gewaltsamen, antiimperialistischen Kampfes zum praktischen Bedürfnis konkretisiert hat und das damit zur bedeutendsten praktischen Kritik des Revisionismus geworden ist. So voluntaristisch und abstrakt die Identifikation der Studenten mit den weltweiten Klassenkämpfen, die sich in Vietnam konzentrieren, auch gewesen sein mag, so 'unrealistisch' sich der studentische Antiimperialismus zunächst auch artikuliert haben mag, so frei von Revisionismus und so unbeirrbar mächtig war die politische Kraft der Revolte in ihrer Anfangsphase.

Al[illegible] den Studenten das Bewußt[illegible], daß es nach einem Jahr der praktischen Aufklärung über den Gewaltcharakter des Imperialismus, nach einem Jahr der militanten Überraschungsangriffe auf seine Vertreter und Apologeten (vom Amerikahaus bis zur Bildzeitung, vom Vietnam-Professor Bechthold bis zur Unibürokratie) zugleich notwendig und möglich geworden war, die allgemeinen Erkenntnisse über den Kapitalismus in der Analyse der täglichen Erfahrungen 'an der Basis' zu konkretisieren, da entstanden allenthalben an der Universität die 'Basisgruppen' und wurden allmählich zum wichtigsten Strukturmerkmal der Organisation. Der zentrale Verband SDS, der zur Avantgarde der antiimperialistischen Studentenrevolte geworden war, löste sich ziemlich schnell in die spontan entstandenen, dezentralen, fachspezifischen studentischen Arbeitsgruppen auf, deren Politik kaum noch aufgrund gemeinsamer Reflexion und Planung Aller gemacht wurde, sondern eher als gruppenspezifischer Ausfluß eines allen irgendwie selbstverständlichen 'Konsensus in Grundsatzfragen' angesehen werden kann - wobei aber auffällt, daß über diesen Konsensus eigentlich nie gesprochen wurde. Kritik verflüchtigte sich dadurch unversehens hinter emsigem Arbeitseifer und wurde zum 'Spezialgebiet' einzelner Genossen, die dann als störende Autoritäten angegriffen werden konnten. Jeder weiß, wie die MVs entweder an 'Autoritätskonflikten' erstickten oder bloß noch technisch-pragmatisch abliefen. Die Entwicklung der Basisgruppenpolitik läßt sich knapp zusammenfassen: Beginn war die Kritik an Inhalten und Vermittlungsformen universitärer 'Wissenschaft', die Analyse der bürgerlichen Ideologie und ihrer Stabilisierung durch Leistungszwänge, die Aufklärung über die Funktion universitärer Ausbildung als Sozialisationsinstrument der spätkapitalistischen Gesellschaft. Aus dieser zunächst nur halbbegriffenen Erkenntnis, daß die Universität ein Instrument ist, mit dem sich die Agenturen des Kapitals ihren nötigen Nachwuchs heranzüchten, wurden wir fähig, den Kampf innerhalb der Uni aufzunehmen (Vorlesungssprengungen, einzelne Kampagnen, bis hin zu Institutsbesetzungen). In der Erfahrung dieses Kampfes lernten wir, die Reaktion auf unsere Angriffe zu analysieren, wir begriffen die Reformpläne der Bildungsplaner im Zusammenhang einer gesamtgesellschaftlichen Reorganisation des Ausbildungswesens und beschrieben sie als 'technokratische Reform', hinter [illegible] sich bestimmte Kapitalinteressen ver-

bergen. [illegible] schli[illegible], diese [illegible] zu entlarven, [illegible] was [illegible] se[illegible] 'Klassenökonomie' nannten. Später bereits größere Fehren, in de[illegible] unsere Kritik vor[illegible]ntrieben, hat es m[illegible]cht, d[illegible]s zu konkretisieren, was wir von [illegible]fang an abstrakt wußten: daß die Universität kein isoliertes Feld ist. Wir erkannten, daß das gesamte Ausbildungssystem, das gesamte Sozialisationssystem in der BRD denselben Bedingungen unterliegt. Daraus ergab sich für uns, daß der Kampf in allen diesen Bereichen, die wir die 'ausseruniversitären' nannten, gleichzeitig vorangetrieben werden muß, wenn er nicht stagnieren soll. Schülerarbeit, Lehrlingsarbeit, "Jugendarbeit", schließlich auch Gefängnisarbeit, all das entwickelte sich nun als 'ausseruniversitäre Bereiche' neben den 'inneruniversitären' - in besonderen Einzelfällen gelang die punktuelle Verschmelzung beider Bereiche (z.B. Faschismus-Seminar + Roter 1. Mai, Gefängnisarbeit + Übernahme der Kriminologie-Vorlesung etc.) In solcher Dichotomie des auf die Universität bezogenen Innen- und Aussen spiegelte sich die Randgruppentheorie sehr deutlich.

Es gelang den Basisgruppen auf der Uni, eine so überzeugende Agitation unter den übrigen Studenten zu entfalten, daß sie den Apparat des ASTA übernehmen und für ihre Arbeit funktionalisieren konnten, ohne größeren Widerstand der Unpolitischen überwinden zu müssen.

Die Entwicklung der dezentralen 'Basisgruppen' kulminierte im Streik gegen die staatliche Offensive, die durch Ordnungsrecht die praktische Kritik am Wissenschaftsbetrieb verhindern, durch HGP den Druck auf breite studentische Massen erhöhen und damit zugleich den für für die weitere Kapitalverwertung dringend benötigten Nachschub erzeugen, durch ASTA-Auflösung die Funktionalisierung des Apparates für die Basisgruppen sowie die punktuelle Konzentrationsmöglichkeit der Studentenrevolte abstoppen will. Im Streik wurde die politische Arbeit des vergangenen Jahres zusammengefaßt und auf die Spitze getrieben; nirgends waren bisher die weitertreibenden Ansätze ebenso wie die Fehlschläge so klar zutage getreten: erstmals konnte sich die lange durch 'Autoritätskonflikte' blockierte Dialektik von Avantgarde und Basis wieder entfalten, [illegible] zentralistische Initiative des [illegible] von den Basisgruppen aufgenommen und weiterentwickelt wurde, indem sich die Basisgruppen im ASTA eine von innen kontrollierte Führung schufen. Gleichzeitig [illegible]lang es im Streik, die Ungleichzeitigkeit des Basisgruppenpluralismus ansatzweise in projektgebundene Arbeit aufzuheben (überflüssige Basisgruppen, z.B. Soziologie, lösten sich auf in die Projekte Schülerarbeit und Verwertungskritik sowie, im Versuch, die erarbeitete Theorie zu vermassen).

Der Ausgang des Streiks aber verwies uns scharf auf die Beschränktheit unseres hochschulpolitischen Ansatzes. Bei aller Konzentration der mobilisierten Kräfte in den Basisgruppen ist es nicht gelungen, eine strategische Perspektive für die Studentenbewegung zu entwickeln, die ihrem oft formulierten Anspruch gerecht wird: einen Beitrag zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung zu leisten. Die abstrakte Einsicht, daß der Kampf der Studenten an der Uni nur sinnvoll sein kann im Rahmen des gesamten Kampfes der Unterdrückten gegen die Agenturen des Kapitals, eine Einsicht, die in ihrer zwar richtigen, aber nur allgemeinen Form von Anfang an zu jenen 'selbstverständlichen Konsensus' gehörte, auf dem sich die Politik der Basisgruppen gründete, - diese Einsicht mußte notgedrungen den größten Teil der mobilisierten Studenten entweder zur Resignation treiben oder zur Entwicklung von total unproduktiven Fluchtversuchen in die Lehre des Marxismus-Leninismus, verbunden mit der Reinen Praxis des 'den proletarischen Klassenstandpunkt beziehen'. Mit ihrer bisherigen Praxis sind sich die Genossen des Dilemmas ihrer objektiven gesellschaftlichen Situation bewußt geworden: sie haben erkannt, daß die Konsequenzen ihres politischen Handelns sie in massiven, individuell-lebensgeschichtlich kaum revidierbaren Gegensatz zu ihrer eigenen Herkunft und damit zum innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft für sie vorgesehenen Aufgabenbereich bringt; sie haben erkannt, daß sie von den Herrschenden als Deserteure behandelt werden, und sie suchen vergeblich nach Schutz vor ihren Verfolgern beim 'Proletariat'. Hatte noch in der ersten Phase der Studentenrevolte die Identifikation mit der vietnamesischen Revolution - und damit mit der im Weltmaßstab siegreichen Emanzipation der Dritten Welt - genügend Schutz geboten (wobei unter 'Schutz' in erster Linie gemeint ist: Schutz vor dem Abgleiten in Revisionismus), so bietet sich für die um Vielfaches verstärkten Identifikationsbedürfnisse der Genossen, die heute 'aus ihrer Klasse desertieren', kaum eine für

sie greifbare organisierende Kraft. Das klassenbewußte Proletariat, das allein solidarisches Bewußtsein, organisierende Kraft, allein der Maßstab und die Kontrollinstanz für die Tätigkeit der Genossen sein kann, existiert in der BRD erst im Keim.

Somit stellt sich das historisch neuartige Problem für die revoltierenden Intellektuellen, sich ihre Identifikationsmöglichkeit, ihre Kontrollinstanz erst in der konkreten Arbeit selbst zu schaffen, und das in einer Lage, in der sie soweit vorgeprescht sind, daß sie den festen Halt der organisierten Klasse dringend brauchen, um nicht vor die Hunde zu gehen. In dieser Schärfe hat sich das Problem bisher nie gestellt: wenn Lukacs den Intellektuellen als Deserteur seiner Klasse ttheoretisch definiert, so im Bewußtsein, daß sich dieser Deserteur in der bereits vorhandenen Partei des Proletariats zu integrieren vermag, sich von ihr seine Aufgaben zuteilen lassen kann, was ja nicht nur subalterne Tätigkeit in der Bürokratie der KP bedeutete, sondern auch für organisierende Aufbau- und Führungsarbeit gilt.

Dasselbe gilt für den Intellektuellen in der Dritten Welt, der, gehetzt von der kolonialen Polizei wegen seiner kompromißlosen politischen Haltung, aufs Land zu den bäuerlichen Massen flieht und dort tatsächlich wirksam 'geschützt' wird undauf neuer Basis organisierend für den Befreiungskrieg wirksam werden kann. Fanon schrieb: "Ein nationaler Militant, der beschließt, anstatt in den Stadtvierteln Versteck mit der Polizei zu spielen, sein Schicksal in die Hände der bäuerlichen Massen zu legen, verliert niemals. Der bäuerliche Mantel schließt sich über ihm mit einer unerwarteten Behutsamkeit und Stärke." (Verdammte dieser Erde, S.98)

Wo aber findet der Student, der sich seine bürgerliche Berufskarriere durch seine kompromißlose politische Haltung kaputtgemacht hat, der besten falls die Aussicht hat, früher oder später für irgendwas ins Gefängnis geschickt zu werden, die notwendige politische Identifikations- und Kontrollinstanz"? Da kein organisiertes Proletariat als Klasse exisiert - im Gegenteil, wo der Student in seiner Agitation auf Arbeiter stieß, reagierten sie höhnisch und abweisend, teils sogar feindselig - da aber heute bereits nicht nur Individuen, sondern ganze Gruppen tendenziell zu 'Deserteuren ihrer Klasse' werden, besteht die Gefahr, daß ihre Mitglieder sich mit sich selbst identifizieren, daß sie ihre eigene revolutionäre Rolle mystifizieren und damit ein falsches Bewußtsein entwickeln, mit dem die heute gestellten strategischen Aufgaben gewiß niemals zu lösen sind.

Kennzeichen solchen falschen Bewußtseins ist die Fixierung auf die als Rettung aus allen Schwierigkeiten präsentierte dogmatische Rezeption des 'Marxismus-Leninismus' - dogmatisch deshalb, weil sie nicht als Anleitung zur theoretisch-praktischen Analyse der Klassenverhältnisse und daraus folgender kommunistischer Praxis verstanden wird, sondern als konserviertes Sammelsurium von fixen Handlungsanweisungen, von Rezepten, die bloß 'gelernt' zu werden brauchen; so etwa die Berliner ML-Genossen mit ihren'Schnellkursen' oder China-Arbeitskreisen.

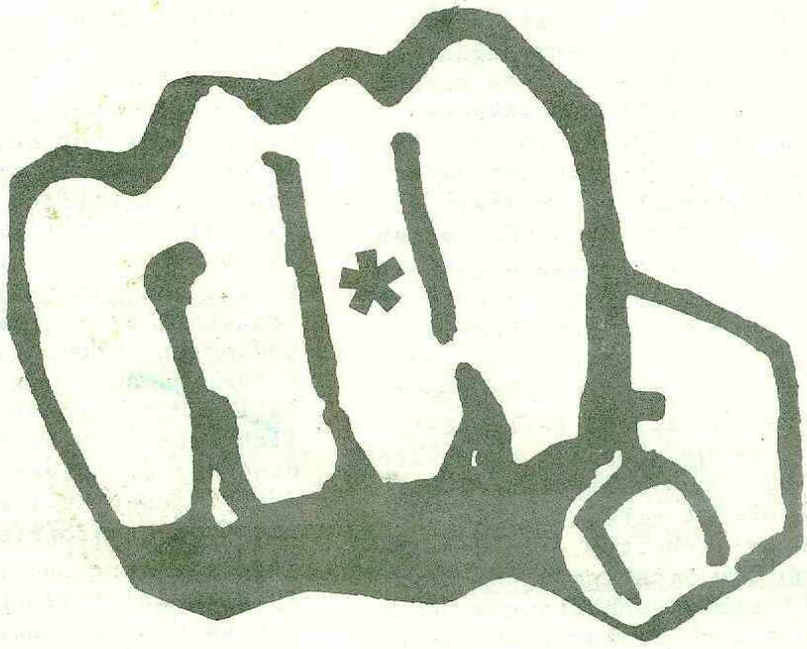
Diese dogmatische Rezeption bietet unversehens die Möglichkeit, die uneingestandene Kapitulation vor den praktischen Aufgaben mit Theoremen von der kleinbürgerlichen Herkunft der Studenten zu rationalisieren, der Studenten, die eh zu keiner revolutionären Tätigkeit fähig sein sollen (wobei nie erklärt wird, aufgrund von welchem Entwicklungsprozeß offenbar doch einzelne Studenten irgendwie dazu fähig geworden sind, eben jene, die heute stellvertretend für alle anderen die Betriebsarbeit machen ...). Solche Theoreme erlauben dann schließlich, die fachspezifische Borniertheit der überkommenen studentischen 'Basisgruppen' unkritisch wieder aufleben zu lassen. Die lästige Kritik mancher Genossen an bestimmten radikal-reformistischen Basisgruppenkonzepten kann nun leicht beiseite geschoben werden mit dem Hinweis, daß an der Uni ja doch kein Klassenkampf stattfindet (was natürlich stimmt) und daß die dort Studierenden als Kleinbürger ja doch nur an den Nebenwidersprüchen des Kapitalismus herumbosseln könnten (was natürlich eine unsinnige Konsequenz ist).

"Die fachspezifische Borniertheit" der Basisgruppen war von Anfang an ein Hemmschuh ihrer Entfaltung, und es war gerade das Verdienst des Hochschulstreikes, daß die Fixierung auf die Detailprobleme innerhalb des Faches, auf die 'Besonderheiten' der Naturwissenschaftler, Volkswirtschaftler, Juristen, etc., weitgehend überwunden werden konnten. Resultat der heute aus der 'Lehre des M/L' abge-

leiteten Theorie von der Beschränktheit der Studentenbewegung auf die Hilfsdienste und die Nebenwidersprüche ist dann schließlich die Stärkung aller jener tatsächlich bürgerlichen, reaktionären Tendenzen in den Gruppen: Verdrängung von politischen Diskussionen (das machen dann die proletarischen Führungskader für die Massen, die aufgrund ihres kleinbürgerlichen Bewußtseins garnicht dazu in der Lage sind), reaktionäre Aggressivität gegen die sogenannten Großgenossen, die 'die Arbeit in den Gruppen mit ihren Strategieproblemen aufhalten", Wiederaufleben der alten studentischen Theoriefeindlichkeit, Verselbständigung und Fetischisierung der 'Arbeit in Gruppen', bei der nicht mehr kritisch reflektiert wird, was, mit wem und für wen gearbeitet wird, sondern nur noch hypnotisiert auf die Tatsache gestarrt wird, daß die Gruppe 'Kollektiv' arbeitet - in der Annahme, daß sich das Richtige unter dem Druck der politischen Verhältnisse schon irgendwie automatisch herauskristalisieren wird (bzw. in der idealistischen Illusion, daß studentische Kollektive in der Lage wären, für das sich zum Kampf organisierende Proletariat Auftragsforschung zu machen, ohne selbst an diesem Prozeß der Rekonstitution des Klassenkampfes aktiv teilzunehmen. Zu meinen, daß die faschistische Ausbildung von Volkswirten, Juristen, Lehrern, Naturwissenschaftlern etc., so einfach mir nichts dir nichts für den Klassenkampf verwendet werden könnte, wenn man nur die klassenbewußte "Clearingsstelle" für die Auftragsforschung hat (so das Berliner ML-Papier), bedeutet tatsächlich einen ungeheuren Rückfall selbst hinter die simpelsten Ergebnisse der von der Studentenrevolte geleisteten Wissenschaftskritik!)

Werden die Studenten ihrem Automatismus überlassen, so werden sie tatsächlich keinen relevanten Beitrag zur Sache der Arbeiterklasse leisten können. Zwar haben die Berliner ML-Genossen recht, wenn sie konstatieren, daß heute "die Interessen der Studenten sehr schnell mit den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus in Konflikt geraten", aber sie geraten in diesen Konflikt eben nur als Interesse der Studenten und können - sich selbst überlassen - somit bestensfalls diesen Nebenwiderspruch in der derzeitigen Reorganisationsphase des Kapitalismus aufheben. Die Arbeitsgruppen können letztlich nur den Widerspruch zwischen den hoffnungsvoll überholten Inhalten und Organisationsformen der hergebrachten Uni und den Anforderungen an den zukünftig im Dienst des technokratisch organisierten Staatskapitalismus tätigen Akademiker aufheben. Damit stärken sie allerdings die Herrschaft des Kapitals und schwächen das Proletariat! Seinem gruppenspezifisch bedingten Automatismus überlassen bietet natürlich auch das Konzept der 'revolutionären Berufsperspektive' keine Möglichkeit: sich selbst überlassen, d.h. ohne der ständigen politischen, klassenanalytischen Kritik der gesamten Organisation unterworfen zu werden, kann die 'Vorbereitung auf die revolutionäre Berufspraxis' tatsächlich degenerieren - wie es die Berliner Fürsprecher der Gewerkschaft ja auch programmatisch formuliert haben.

Anzumerken ist schließlich zum Gewerkschaftskonzept noch eins: es wird nicht einmal in der Lage sein können, den technokratischen Repressionsversuchen durch die Staatsgewalt (Ordnungsrecht, HGP etc.) auch nur einigermassen effektiven Widerstand entgegenzusetzen. Ebensowenig, wie das Ordnungsrecht spezifische Mittel für die einzelnen Fächer vorsieht, kann es durch fachspezifische Strategie abgewehrt werden. Es bliebe also den Gewerkschaftsführern überlassen, es abzuwehren - durch Verhandlungen ala Tarifkommission vielleicht ? Oder stellt man sich die zukünftige Hochschulpolitik in puncto 'Unterlaufen des Ordnungsrechts' vielleicht so vor, daß man es eben gar nicht erst soweit kommen läßt, indem man grundsätzlich von hochschulbezogenen Aktionen absieht ? Wie sieht dann aber die "antikapitalistische Hochschulpolitik" der Gewerkschaft aus, die zumindest die Berliner ML-Genossen vorgesehen haben ?



GENOSSEN!
Bestellt
massenhaft das

INFO !!